45. Jahrgang. Bochum, den 4. Februar 1933. Nummer 5.

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. ◆ Anzeigenannahme: Inseraten-Union, Gmbh., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ◆ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Platzvorschriften ausgeschlossen. ◆ Postscheck-Konto Hannover Nr. 576 13. ◆ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktoriastr. 46. ◆ Tel.-Nr. 608 21. ◆ Telegr.-Adr.: Altverband Bochum.

Aufruf zu den Betriebsrätewahlen 1933.

Nach zweijähriger Pause finden in der Hauptsache in den Monaten März und April 1933 die Neuwahlen der Betriebsvertretungen statt. Die Tätigkeit der Betriebsvertretungen in den vergangenen zwei Jahren stand im Zeichen politischer Irrungen und Wirrungen sowie einer nationalen und internationalen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit von nie gekanntem Ausmaß. Betriebseinschränkungen, Betriebsstillegungen, Kurzarbeit, Lohnherabsetzungen ließen die Belegschaften der Betriebe nicht zur Ruhe kommen, so daß an eine ungestörte Arbeit der Betriebsvertretungen nicht zu denken war. Dazu kam, daß Wirtschaftsnot und Arbeitsnot den Anlaß gaben, die Parteipolitik in die Betriebe hineinzutragen und das Betriebsrätegesetz ohne Rücksicht auf seinen Zweck und sein Ziel allein nur für parteipolitische Agitation und Propaganda auszunutzen. Dadurch wurde die sachliche Arbeit vieler Betriebsvertretungen zum Schaden der Belegschaften erheblich gestört. Mit diesen Bestrebungen gilt es bei den kommenden Betriebsräte-Neuwahlen aufzuräumen.

Das wichtige Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten muß wieder für sachliche Arbeit im Interesse der Arbeiterklasse fruchtbar gemacht werden.

Gerade die Betriebsräte wissen aus nunmehr über zwölfjähriger Erfahrung, wie wenig in den Betrieben mit Parteiparolen und Phrasen, wieviel aber in täglicher mühsamer Kleinarbeit für die Belegschaften zu erhalten und zu erreichen ist.

Diese wichtige erfolgreiche Arbeit der Betriebsräte für die Arbeiterklasse haben alle Gewerkschaftskongresse ganz besonders anerkannt.

Der Kampf der Kommunisten und Nationalsozialisten in den Betrieben richtet sich gegen die Gewerkschaften und damit gegen die Interessen der Arbeiterklasse. Nur starke Gewerkschaften können die Interessen der Arbeiterklasse wahrnehmen. Nur aus dem Erfolg der Arbeit starker Gewerkschaften empfangen die Betriebsräte ihre Aufgaben und die Grundlage für deren Durchführung. Es gilt daher die Betriebsrätewahlen 1933 durchzuführen unter der Parole

für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, gegen jede parteipolitische Zersplitterung!

Die Gewerkschaften sind ununterbrochen bemüht, durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch wirkliche Arbeitsbeschaffung, durch die Erhöhung der Kaufkraft der Löhne die Vermehrung der Arbeitsplätze und dadurch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse zu erreichen. In entschiedenem Kampf ist es den Gewerkschaften gelungen, die Tariflohnminderungs-Verordnung vom 5. Sept. 1932 wieder zu beseitigen. Der Anfang zur Durchsetzung des nächsten Zieles der Gewerkschaften, alle Arbeiter und Angestellten wieder in Arbeit zu bringen, ist gemacht. Das meiste bleibt noch zu tun übrig. Aber dieses nächste Ziel ist nur durch die

vollkommene Geschlossenheit der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften

zu erreichen. Ohne starke und kampfkräftige Gewerkschaften ist die Arbeiterklasse ein wehrloser Spielball in der Hand ihrer Gegner.

Gewerkschaftskolleginnen, Gewerkschaftskollegen! Erkennt eure Pflicht! Tretet ein für die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung!

Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte, die ihr noch nicht Gewerkschaftsmitglieder seid, erkennt eure Klassenlage! Tretet ein in die Gewerkschaften!

Nur die Zusammenfassung aller Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten in den Gewerkschaften, nur Beharrlichkeit in der Verfolgung der gewerkschaftlichen Forderungen führt zum Erfolg.

Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte! Seid einig und geschlossen!

Wählt bei den Betriebsrätewahlen 1933 nur freigewerkschaftliche Listen!

Berlin, den 22. Januar 1933.

Die Arbeiterrats- und Angestelltenratsdelegierten der Betriebsrätekonferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

Die Bundesvorstände und die angeschlossenen Verbände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

Für ein freies sozialistisches Deutschland!

Eröffnungsrede von Th. Leipart auf der Betriebsrätekonferenz.

Es ist seit 1920 das erstemal, daß wir in Deutschland wieder eine so große Betriebsrätekonferenz einberufen haben. Die Vorstände der Verbände und auch die Bundesvorstände sind der Meinung, daß in der vergangenen Zeit ein besonderes Bedürfnis zur Veranstaltung einer solchen Betriebsrätekonferenz nicht vorhanden war, und zwar aus dem Grunde, weil es sich doch durchgesetzt hat, daß unsere Betriebsräte sich als Funktionäre der Gewerkschaften fühlen. Sie nehmen an dem gesamten Leben der Gewerkschaften teil, sie stehen überall in der vordersten Reihe unserer Bewegung, und deswegen war es und ist es auch in der Zukunft eine Selbstverständlichkeit, daß in allen Verbänden und in der Gesamtbewegung, auf den einzelnen Verbandstagungen und auch auf unseren Gewerkschaftskongressen die Gesamttätigkeit der Betriebsräte stets anerkennend gewürdigt worden ist. Ich erfülle deswegen nur eine selbstverständliche, aber für mich außerordentlich angenehme Pflicht, wenn ich heute hier euch allen und den Zehntausenden draußen, die leider nicht auch hier teilnehmen können, namens der gesamten Bewegung den Dank ausspreche für eure pflichteifrige Tätigkeit, die gewiß nicht immer leicht war, die namentlich in der gegenwärtigen Zeit sicher nicht leicht ist, die unendlich viel Idealismus, viel Gemeinsinn, viel Solidaritätsbewußtsein und sehr viel Liebe zur Sache erfordert, wenn die Aufgaben der Betriebsräte erfüllt werden sollen.

Diese Wahl findet zum erstenmal nach Ablauf einer zweijährigen Amtsperiode statt. Ihr alle habt also in eurer Tätigkeit größere Erfahrungen gemacht, Erfahrungen, die in der bevorstehenden Wahlagitation verwertet werden sollen. Wenn wir uns nun auch in dieser Wahlagitation mit allerhand politischen Gegnern werden herumschlagen müssen, so soll es doch unsere Aufgabe sein, gerade erst recht in dieser Agitation die hohe Bedeutung der Betriebsräte für die Belegschaften hervorzuheben, die Wichtigkeit ihrer Aufgaben für das Gesamtinteresse der Arbeiterschaft, ihrer Rechte und ihrer Pflichten als gesetzliche Ueberwachungsorgane bei der Durchführung der Arbeiterrechte in allen Betrieben. Wir haben uns diese Konferenz gedacht als einen wirkungsvollen Auftakt für die Durchführung der bevorstehenden Betriebsräte-Neuwahlen. Von hier aus wollen wir heute einen gemeinsamen Wahlaufruf an die Belegschaften, die im ganzen Reich für die Wahl in Frage kommen, erlassen, und zwar einen Wahlaufruf unter der Parole:

Einigung der Arbeitnehmerschaft in den Gewerkschaften!

Alle Gewerkschaftsfunktionäre, Hunderttausende an der Zahl, werden sich mit gewohntem Eifer und in alter Begeisterung unter dieser Parole für die Wahl einsetzen.

Einigung der Arbeiterklasse! Es ist kein Ruhmeszeichen für die deutsche Arbeiterbewegung, daß diese Parole mit besonderem Nachdruck heute wieder ausgesprochen werden muß. Seit Jahrzehnten haben uns unsere Vorkämpfer und haben wir alle eindringlich immer wieder gepredigt: Einigkeit macht stark! Kaum jemals früher aber war die Uneinigkeit in den Reihen des ganzen Volkes und leider auch in der Arbeiterschaft größer als jetzt. Ich möchte vor Eintritt in die sachlichen Beratungen deshalb einige Worte zu den Angriffen sagen, die gerade jetzt in demagogischer Weise gegen die Gewerkschaften gerichtet werden, insbesondere deswegen, weil ihr sicher in den Betrieben draußen gerade diesen Angriffen ausgesetzt seid. Man fertigt erdichtete Protokolle an, die angeblich in der Reichskanzlei und im Reichsinnenministerium aufgenommen seien über vertrauliche Besprechungen und Verhandlungen zwischen Regierungsleuten, Nazileuten und ADGB.-Leuten; man vervielfältigt und verbreitet sie hinter unserem Rücken, monatelang, ehe wir Kenntnis davon erhalten. In diesen Verhandlungen, die nie stattgefunden haben, sollen wir uns bereit erklärt haben, die Gewerkschaften nach italienischem Muster, ja, ich könnte auch sagen nach russischem Muster, zu verstaatlichen, sie einzubauen in den staatlichen Apparat, und dann schreit man nach solchen Protokollen über Arbeiterverrat, über Klassenverrat durch die ADGB.-Führer!

Es ist vielleicht überflüssig, aber ich will doch die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, euch zu sagen: Ich habe Gregor Straßer in meinem Leben noch nicht gesehen, habe auch kein Wort mit ihm gewechselt, und kein anderer ADGB.-Führer hat jemals mit Gregor Straßer ein Wort gewechselt!

Uns wird der Vorwurf gemacht, wir tolerieren die Regierung Schleicher. Zunächst einmal:

die Gewerkschaften sind keine politische Partei,

sind es auch nicht und wollen es nicht sein. Wir haben unsere Sozialdemokratische Partei. Wir als Gewerkschaften haben gar nicht die Befugnis, aber auch gar nicht die Möglichkeit, etwa eine Regierung zu stürzen, und deswegen kann von Tolerierung keine Rede sein.

Wir als Gewerkschaften müssen aber mit jeder Regierung rechnen, auch wenn sie gar nicht unser Vertrauen hat. Wir müssen, weil wir auf dem Posten an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung stehen, mit jedem Arbeitsminister über die Interessen der Arbeiterschaft verhandeln. Wir müssen mit jedem Wirtschaftsminister über unsere wirtschaftlichen Auffassungen verhandeln, um sie bekanntzumachen und durchzusetzen. Und wenn das nicht genügt, mit diesen Ressortminister zu verhandeln, dann müssen wir auch zum Reichskanzler gehen, er mag heißen wie er will!

Oder sollten wir das nicht? Es wäre uns allen sehr interessant, aus der Mitte dieser Versammlung in der Debatte nachher zu hören, wie eure Meinung hierüber ist. Es wird leider auch zum Teil in den eigenen Reihen jetzt von einem Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften gesprochen. Es wird darauf hingewiesen, die Partei befinde sich in der schärfsten Opposition, und die Gewerkschaften nicht. Ich habe gestern bereits — Sie werden es heute wahrscheinlich im „Vorwärts" gelesen haben — in der Sitzung des Bundesausschusses ausgesprochen: **die Gewerkschaften stehen zu jeder Regierung in Opposition, die Gewerkschaften führen mit jeder Regierung dauernd Krieg, Kleinkrieg. Die Gewerkschaften können sich und werden sich niemals an eine Regierung binden.**

Wir haben das nicht getan, als Sozialdemokraten Kanzler und Arbeitsminister waren. Wir haben stets rücksichtslos unter Ausnutzung der gegebenen Machtverhältnisse die Interessen der Arbeitnehmerschaft verfochten. Das ganze Jahr hindurch ist Tag für Tag mindestens ein Vertreter des ADGB. und des AfA-Bundes bei irgendeinem Ministerium, bei dem Minister oder seinen Sachbearbeitern, um für unsere Forderungen zu kämpfen, um zu verhindern, daß allzu große Dummheiten gemacht und allzu große Angriffe auf die Rechte der Arbeiterschaft durchgesetzt werden. Man erhebt gegen uns den Vorwurf, daß wir die Gewerkschaften zum Faschismus führen, daß wir bereits unseren Frieden mit dem Faschismus gemacht hätten — gegen uns, die wir doch wohl die stärkste Säule der Eisernen Front sind! Von Leuten wird dieser Vorwurf erhoben, die bekanntlich an jenem 9. August 1931 in der Volksabstimmung gegen die preußische Regierung sich mit den Nazis verbunden haben. Der 20. Juli 1932 hätte schon im August 1931 eintreten können, wenn es der Eisernen Front nicht gelungen wäre, diese Gefahr zu verhindern. Man nennt uns, die Gewerkschaften, die Stützen der kapitalistischen Privatwirtschaft. Täglich, in jeder kommunistischen Zeitung! Man schreibt kein Wort über unsere Forderungen auf Umbau der Wirtschaft. Ich nenne nur dies Wort, um diesen Blödsinn, daß wir die Stützen der kapitalistischen Wirtschaft seien, zu illustrieren.

Noch eins. Vor vierzehn Tagen bin ich auf Beschluß des Vorstandes des Reichswirtschaftsrates mit meinem Mitvorsitzenden Herrn von Siemens beim Reichskanzler gewesen, um dort die Forderung zu vertreten, daß nicht mehr alles durch die Bürokratie in den Ministerien gemacht wird, Verordnungen usw., sondern, daß die verfassungsmäßige Instanz, der Reichswirtschaftsrat wieder eingeschaltet, gutachtlich gehört werde. Aus dieser Tatsache macht man, daß dieser gemeinsame Gang zum Reichskanzler darauf hindeute, daß an eine Neubelebung des Gedankens der Arbeitsgemeinschaft gedacht werde!

Gegen solche Dummheit können wir uns nicht schützen. Ihr aber müßt immer darauf hinweisen, daß bei all diesen Behauptungen doch nur der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Man wünscht, daß wir die Arbeiterschaft verraten sollen, und deswegen behauptet man das. Ich wiederhole, was wir schon dutzendmal erklärt haben: an diesen Behauptungen von Verhandlungen mit den Faschisten ist kein wahres Wort, wir denken nicht daran!

Aber euch soll ich im Auftrage der beiden Bundesvorstände fragen: Glaubt ihr dem, was der Bundesvorstand und was ich sage, oder glaubt ihr der „Roten Fahne" und den Nazizeitungen? Man spricht in der jetzigen Zeit viel davon, daß die Wirtschaftskrise eine Vertrauenskrise sei. Ich hoffe, und ich bin überzeugt, daß es unter uns nicht zu einer Vertrauenskrise kommen wird!

Am allergrotesksten ist der Vorwurf, daß die Gewerkschaften dem Lohndruck der Unternehmer Vorschub leisten, weil sie sich in einzelnen Fällen jetzt schon in den letzten Wochen und Monaten geweigert haben, Tarifverträge abzuschließen. In einem kommunistischen Flugblatt, wie sie jetzt dutzendweise in einzelnen Orten hergestellt und an den Stempelstellen verteilt werden, habe ich in den letzten Tagen gelesen: Unsere, d. h. also der Kommunisten, Aufgabe ist es, für die kollektiven Tarifverträge zu

kämpfen. Ihr wißt es alle genau so wie ich: Früher las man es anders!

Früher war es Verrat an der Arbeiterschaft, wenn die Gewerkschaften Tarifverträge abgeschlossen und die Arbeiterschaft „gebunden" haben. Jetzt ist es Verrat, wenn die Gewerkschaften sich weigern, Tarifverträge noch abzuschließen, die weitere Lohnkürzungen, weiteren Lohnabbau bringen sollen.

Nur darum handelt es sich bekanntlich. Wir haben im Bundesausschuß eingehend darüber verhandelt und sind uns einig geworden: die Tarifverträge sind nicht Selbstzweck, sondern sie haben den Zweck, die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern oder sie mindestens vor Verschlechterungen zu schützen, und wenn dieser Zweck durch Tarifverträge nicht mehr erfüllt werden kann, wenn Tarifverträge nur dazu dienen sollen, Lohnkürzungen zwangsweise durchzuführen oder in Zukunft zu ermöglichen, dann verzichten wir auf Tarifverträge.

Die heutigen Angriffe der sogenannten revolutionären Arbeiterschaft gegen die Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokratische Partei sind im Grunde genommen eine Fortsetzung des alten Meinungskampfes in der deutschen Arbeiterbewegung über die Begriffe

Revolution oder Evolution,

gewaltsamer Kampf oder unblutige Entwicklung. Ich gehöre ja nun mittlerweile schon zu den Alten, aber ich kann mich trotzdem lebhaft erinnern: schon in meiner Jugendzeit haben wir in den eigenen Reihen um diese Frage hart gestritten. Aber wir haben doch nicht, so wie heute, unter uns gestritten mit Prügel und Schießeisen, nicht mit persönlichen Beschimpfungen und mit gröblichster Ehrabschneiderei! Das eben ist der große Unterschied gegenüber der früheren Zeit: Damals war es der ehrliche Meinungsaustausch unter Gleichgesinnten, unter Gleichstrebenden, während es heute der häßliche Konkurrenzkampf einer politischen Partei gegen die andere ist, der Kampf um die Wählerstimmen. Die Gewerkschaften nennt man jetzt dauernd, in Wirklichkeit meint man aber die Sozialdemokratische Partei. Unsere sozialdemokratische Ueberzeugung wird angegriffen, wird bekämpft, wird mit Unrat besudelt, sonst wäre der Kampf um die Begriffe Revolution oder Evolution gar nicht so gefährlich. Ich möchte aber meinerseits dazu sagen: es gibt

keine revolutionärere Bewegung als unsere Gewerkschaftsbewegung.

Wir sind — das ist meine Ueberzeugung — immer noch die eigentlichen Revolutionäre, wenn wir auch nicht diese unsere revolutionäre Gesinnung täglich und stündlich auf die Gasse schreien. Wir legen keineswegs die Hände in den Schoß und warten geduldig die Entwicklung ab. Nein, wir drängen die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse dauernd vorwärts, wir treiben sie dauernd an, wir ruhen und rasten nicht, um sie im Interesse der Arbeiterschaft, jetzt besonders im Interesse unserer so sehr notleidenden erwerbslosen Kamerden zu beschleunigen. Und ich frage euch alle, und bitte antwortet mir: Ist einer unter euch, der etwa glaubt, daß wir auf dem schwierigen Gebiete der Arbeitsbeschaffung, dieser Hauptforderung in der gegenwärtigen Zeit, etwas mit revolutionärer Gewalt erreichen könnten?

Indessen wir als Gewerkschafter haben nach meiner Meinung — ich spreche das unumwunden aus — gar keinen Anlaß, uns auf die eine oder andere Methode festzulegen. Es liegt in der Natur der Entwicklung, daß sie schrittweise vorwärtsgeht. In der Entwicklung gibt es kleine und große Schritte, es gibt Schritte nach vorwärts und gelegentlich auch Schritte nach rückwärts. Ich erinnere auch hier an das bekannte Wort von Friedrich Engels: Die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt sich als eine fortlaufende Kette von Niederlagen, unterbrochen nur von wenigen Siegen. Ich habe in den vergangenen Jahren oft darauf hingewiesen: im Laufe der Jahrzehnte ist die Kette der Niederlagen sehr viel kürzer geworden,

die Zahl der Siege sehr viel häufiger

geworden. Aber es gibt natürlich keine Entwicklung ohne gelegentliche Rückschläge. Wir in der Bundesführung und jeder Verbandsvorstand wären natürlich bereit, in der Entwicklung nach vorwärts so große Schritte zu machen wie nur möglich, größere noch als in der Vergangenheit. Das hängt aber nicht von dem guten Willen der Verbandsleitungen und der Bundesleitung ab. Das hängt ab von dem Maß an Stärke und Macht der Organisationen, die hinter der Leitung stehen. Wir werden auch in Zukunft die Machtverhältnisse ausnutzen und sind bereit, die allergrößten Schritte nach vorwärts zu machen.

In meiner so viel angegriffenen Rede in Bernau habe ich u. a. auch gesagt: Wir, die Gewerkschaften, wollen positive Arbeit in der Gegenwart leisten, jawohl, aber unser Blick ist weiter gerichtet auf eine Neuordnung, die in nicht zu ferner Zeit kommen muß.

Wir bekennen uns zur revolutionären Idee, weil wir die Erkenntnis haben, daß unsere letzten Ziele nur in einer Neuordnung verwirklicht werden können. In diesem Sinne wollen wir trotz der Anfeindungen unseren Kampf fortsetzen, unseren Kampf in den Gewerkschaften, in Verbindung, mit Unterstützung der Betriebsräte, unseren Kampf für die wohlverstandenen wahren Interessen der deutschen Arbeitnehmerschaft, unseren Kampf für ein freies sozialistisches Deutschland!

Was kostet die Arbeitslosigkeit?

Die Unterstützung der vom Internationalen Arbeitsamt in der ganzen Welt auf etwa 30 Millionen bezifferten Arbeitslosen erfordert ungeheure Aufwendungen. In Deutschland ist der Gesamtaufwand der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtspflege der Gemeinden von 1151 Mill. M. im Jahre 1928 auf 2973 Mill. M. im Jahre 1931 gestiegen. Bei einem geschätzten Gesamtlohneinkommen von 33 Milliarden belaufen sich also in Deutschland die Kosten der Arbeitslosigkeit auf rund 9 Prozent der Gesamtlohnsumme. In Großbritannien haben sich die Kosten der Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit von 51,5 Mill. Pfund Sterling im Jahre 1924-25 auf schätzungsweise 120 Mill. Pfund Sterling für das Jahr 1932-33 erhöht. Dies entspricht etwa 7,3 Prozent der Gesamtlohnsumme.

Nach einer Schätzung des Internationalen Arbeitsamts betrug der jährliche Lohnausfall von etwa 24 Millionen Vollerwerbslosen in zwanzig Staaten 84 Milliarden Mark!

Technokratie.

„Das Evangelium eines neuen Lebens."

Kein Zweifel, die Technokratie hat Amerika im Sturm erobert. Sie bewegt die Herzen und Köpfe in erstaunlich starkem Maße. Sie ist die große Hoffnung, der Rettungsanker, ja, „das Evangelium eines neuen Lebens" geworden. Einen dermaßen raschen und durchschlagenden Sieg einer Idee hat selbst das Land der unbegrenzten Möglichkeiten noch nicht gesehen. Das müssen selbst ganz konservative Leute und Zeitungen eingestehen. Die Blätter, die die Sache bespötteln, werden durch ihre Leser eines anderen belehrt. Und das nicht nur in Amerika, überall, wo die Technokratie bekannt wird, fasziniert sie die Geister.

Technokratie war ursprünglich bloß der Name für einen Kreis von Ingenieuren und Wissenschaftern, die sich zur Aufgabe gemacht hatten, die Energiemengen Nordamerikas zu erforschen. Diese Technokraten befaßten sich mit der Erforschung der Kraftmengen Nordamerikas. An die dreitausend Gewerbe oder Produkte, vom Weizen und Baumwolle bis zur Kohle, wurden untersucht. Von jedem Produkt wurde die Geschichte, seine Gesamtmenge und die in jedem einzelnen enthaltene Menge menschlicher Arbeit oder Energie studiert. Dabei wurde der ungeheure technische Fortschritt des letzten Jahrhunderts, insonderheit der letzten 25 Jahre, offenbar. Die Größe des technischen Fortschritts sei an ein paar Beispielen dargetan:

Im alten Athen ermahlte ein Mann zwischen zwei Steinen ein bis anderthalb Faß ordinären Mehls im Tag; eine moderne Mühle in Minneapolis erzeugt täglich 30 000 Faß hochgradigen Mehls. Wenn heute 100 Mann in einer rationalisierten Fabrik ununterbrochen tätig wären, könnten sie allein alle Backsteine, die in den Vereinigten Staaten gebraucht werden, herstellen. Die Edison Companie in Neuyork hat einen Maschinenmenschen in einer Stromverteilungs-Station eingestellt, der 300 000 Familien mit Strom versorgt ohne einen einzigen Helfer. In Milwaukee fertigen in einem Tag 208 Leute 10 000 Automobilrahmen und 50 Kilometer Röhren; ein einziger Mann, der in einem Kranh fährt, kann die riesige Fördermenge allein in Bahnwagen verladen. Kürzlich wurden in Amerika Maschinen aufgestellt, die 2500 bis 2600 Zigaretten in der Minute herstellen; kurz vorher nur 500 bis 600. Heute vermag ein Mann in der Stunde so viel elektrische Glasbirnen herzustellen, als er im Jahre 1914 in 9000 Stunden fertigbrachte.

Ihre zehnjährige vielseitige und gründliche Untersuchung läßt die Technokraten zu sehr bedeutsamen Schlüssen kommen, nämlich: Bis vor kurzem war die Maschine noch ein Hilfsmittel des Menschen, bald wird es umgekehrt sein, denn sie wird nächstens fast ganz allein die Arbeit verrichten und nur noch ein paar Leute zur Kontrolle benötigen. Durch die wissenschaftlichen und technischen Erfindungen ist die Menschheit mit einer so gewaltigen Produktionskraft ausgestattet, daß ihre vernünftige Anwendung genügt, um für alle Wohlstand, ja Reichtum zu sichern. Nach der heute bekannten technischen Ergiebigkeit ist es schon möglich, jedem amerikanischen Bürger einen jährlichen Lebensstandard von 10 000 Dollar zu gewähren, wenn die Bevölkerung vom 25. bis 45. Lebensjahr jährlich 660 Stunden schafft.

Angesichts solcher Zustände, erklären weiter die Technokraten, ist es nicht länger notwendig, das Lohnsystem aufrechtzuerhalten. Jeder, der seinen (sehr geringen) Teil Arbeit leistet, wird alles vorfinden, um seinen Bedarf an Lebensmitteln, ja selbst an Luxus zu decken, zumal nicht mehr wie heute oft Schundware hergestellt werde, um raschen Verschleiß, dauernden Absatz und steigenden Profit zu haben. Es lasse sich leicht ein Automobil mit sechzigjähriger Lebensdauer, ein Streichholz oder Rasierklinge von ebenso langer Haltbarkeit herstellen.

Dieser Zustand werde, so sagen die Technokraten, jetzt verhindert durch das soziale und industrielle System. Amerika allein habe eine industrielle Schuld von 218 000 Millionen Dollar, eine Last, die Wirtschaft und Wohlstand zerdrückt, und diese Last vermehre sich rascher als die Produktionsrate. Der wirtschaftliche und finanzielle Bankrott Amerikas sei nur eine Frage der Zeit, und die 11 Millionen Arbeitslosen würden in zwei Jahren auf 24 Millionen angeschwollen sein. Die Vereinigten Staaten wie die übrige Welt werde langsam erwürgt durch ein System, das nur vor dem Zeitalter der Maschine funktionieren konnte.

Das wesentlichste an der Technokratie sind ihre Vorschläge zur Aenderung des jetzigen Systems. Sie sagt, die heutigen Besitzer des Produktionsapparats, die Industriellen, Bankiers und Politiker müßten ausgeschaltet und an ihre Stelle der Ingenieur gesetzt werden, der Mann, der allein den Apparat kenne und zu handhaben wisse. Noch mehr und besonders: das jetzige Preissystem müsse beseitigt und der Wert der Waren und Dienste nach der in ihnen enthaltenen Energiemengen, nach Energieeinheiten — »ergs« — berechnet werden. Die Berechnung nach Geldeinheiten geschehe ganz unwillkürlich und sei infolge des Schwankens der Währungen ganz sinnlos geworden. Würde der Wert der Waren und Dienste nicht mehr nach Geldeinheiten, sondern nach »ergs« berechnet, steige das Entgelt (Lohn) dafür in dem Maße der Produktionssteigerung; andererseits erhielten nur die Leute ein Entgelt, die auch wirklich Energie aufgewendet hätten. Es würden also die Nutznießer des Produktionsapparats, die Parasiten, ausgeschaltet sein.

Gegen diese Vorschläge wird der Sozialist, der durch sie an marxistische Gedankengänge erinnert wird, manches einzuwenden haben. Doch wir wollen von Einwendungen absehen, weil es sich erstens jetzt nur darum handelt, die Grundzüge der Technokratie vorzutragen, und weil zweitens sich zunächst die Frage aufdrängt, wie die Technokraten ihre Vorschläge verwirklichen wollen. Denn daß die allmächtigen Nutznießer des Profitsystems, die Trust- und Geldmagnaten, nicht freiwillig abdanken, liegt auf der Hand. Ueber diesen wichtigen Punkt, über die Hauptsache, schweigen leider die Technokraten. Es wird jedenfalls auch für die Durchführung ihrer Vorschläge eine wohlorganisierte und kampfentschlossene Macht unerläßlich sein, die nur die Arbeiterklasse bilden kann. Gewiß hat die technokratische Idee die Masse in Bewegung gebracht, gewiß ist ein Druck auf die öffentliche Macht nicht unwahrscheinlich. Ob dieser aber zur Verwirklichung der Idee ausreicht, bleibt abzuwarten. E. K.

Zahlenrätsel im Ruhrbergbau.

10 000 Neueinstellungen, aber nur 5000 arbeitslose Bergarbeiter weniger.

Die in der Unternehmerpresse stark erörterte Wirtschaftsbelebung vollzieht sich im Ruhrbergbau in einer sehr merkwürdigen Weise. So berichten beispielsweise die Landesarbeitsämter, daß der Belegschaftsstand Ende September 196 001, Ende Dezember dagegen 206 133 betragen habe. Danach ist also eine Mehreinstellung von 10 132 Bergarbeitern erfolgt.

Entsprechend dieser Mehrbeschäftigung müßte sich nun logischerweise auch die Zahl der arbeitsuchenden Bergarbeiter vermindert haben. Um so mehr, weil bei allen Arbeitsämtern und zwar für jede Arbeitsart vollwertige arbeitsuchende Bergarbeiter in reichlichem Maße vorhanden sind. Trotzdem ist festzustellen, daß der Mehrbeschäftigung von 10 000 Bergarbeitern nur eine Verminderung der bergmännischen Arbeitslosenzahl von etwas über 5000 gegenübersteht. Während nämlich Ende September 123 308 arbeitsuchende Bergarbeiter gemeldet wurden, waren es Ende Dezember noch 117 861. Die Zahl der arbeitsuchenden Bergarbeiter ist demnach nur um rund 5000 zurückgegangen. Es bleibt also die Frage offen, wie ist es möglich, daß einer Mehrbeschäftigung von 10 000 Bergarbeitern nur eine Verminderung der Arbeitslosenziffer von 5000 gegenübersteht?

Für dieses Mißverhältnis gibt es mehrere Vermutungen. Zunächst scheint sich darin die Tatsache zu bestätigen, daß man durch die Beseitigung des Systems der Zwischenunternehmer eine Auffüllung des Belegschaftsstandes erreichte, ohne Arbeiter neu einzustellen. Ueber diese scheinbare Mehrbeschäftigung, hervorgerufen durch das System der Steuergutscheine, haben wir bereits früher berichtet. Außerdem könnte man vermuten, daß man bei verschiedenen Neueinstellungen nicht die arbeitslosen Bergarbeiter berücksichtigt, sondern anderen berufsfremden Personen den Vorzug gegeben hat. Daß man die nicht registrierten arbeitslosen Bergarbeiter, also junge ungelernte und ältere nicht mehr vollleistungsfähige, berücksichtigte, ist sehr unwahrscheinlich. Im Interesse der arbeitslosen Bergarbeiter bedürfen diese anormalen Vorgänge unbedingt einer weiteren Klärung.

Optimismus beim Stahlverein.

Noch keine Sanierung. - Erhöhte Produktionsziffern.

Vor wenigen Tagen hat in Bochum eine Aufsichtsratssitzung des Stahlvereins stattgefunden, und allgemein hatte man die Erwartung daran geknüpft, daß jetzt endlich der Bann des Schweigens über die Sanierungsfrage oder überhaupt über das Schicksal des Unternehmens nach Einflußnahme des Reichs mit einem entsprechenden Bericht der Verwaltung gebrochen würde. Aber nichts von alledem; was man wieder einmal der Oeffentlichkeit präsentiert, ist nichts anderes, als jenes übliche trockene Zahlenwerk, das diesmal allerdings erfreulicherweise für das 1. Vierteljahr des laufenden Geschäftsjahres 1932-33 gegenüber dem vorigen eine der allgemeinen Wirtschaftslage entsprechende steigende Richtung aufweist. Der hinreichend bekannte Optimismus der führenden Kreise des Stahlvereins, welcher bisher dem Unternehmen alles andere eher als nutzbringend gewesen ist, beherrscht nach Lage der Dinge wieder die Situation, zumal der Prüfungsbericht des vom Reich beauftragten Geheimrats von Flotow gleichfalls ganz auf „Schönwetterlage" beim Stahlverein eingestellt sein soll. Warum man allerdings diese sonderbare Botschaft so ängstlich vor den Blicken der Oeffentlichkeit hütet, erscheint weniger verständlich; man kann nur annehmen, daß die Vögler—Thyssen das bekannte Haar in der Suppe fürchten, was in dem Flotow-Bericht bestimmt von der öffentlichen Kritik gefunden würde.

Nach dem Bericht des Aufsichtsrats stellt sich die Produktion in den wichtigsten Erzeugnissen im Vergleich zu dem vorhergehenden Vierteljahr sowie dem gleichen Quartal des Geschäftsjahres 1931-32 wie folgt:

	1. Vierteljahr 1932-33 (Okt./Dez. 1932)	4. Vierteljahr 1931-32 (Juli/Sept. 1932)	1. Vierteljahr 1931-32 (Okt./Dez. 1931)
Kohle . . .	4 076 940 To.	3 330 120 To.	3 965 350 To.
Koks . . .	1 078 435 To.	896 925 To.	1 060 813 To.
Roheisen .	594 890 To.	452 917 To.	602 000 To.
Rohstahl .	667 372 To.	443 487 To.	633 266 To.

Der Umsatz erhöhte sich entsprechend den steigenden Produktionsziffern auf 138 274 000 M. (4. Quartal 1931-32 gleich 124 702 395 M.).

Die Zahl der Arbeiter und Angestellten hat sich wie folgt entwickelt:

	31. Dez. 1932	30. Sept. 1932	31. Dez. 1931
Arbeiter:			
Ver. Stahlwerke insges. .	88 893	81 768	84 512
davon			
Steinkohlenbergbau . . .	39 670	37 420	42 210
Angestellte:			
Ver. Stahlwerke insges. .	11 112	11 343	12 659
davon			
Steinkohlenbergbau . . .	3 393	3 441	3 559

Die Roheisenerzeugung hat sich demnach um 31 Proz., die Rohstahlgewinnung sogar um 50 Proz. erhöht, während bei der Kohle und der Kokserzeugung eine Steigerung von rund 23 bzw. 20 Proz. eingetreten ist. Von der Seite der Belegschaftsentwicklung betrachtet erscheinen diese Zahlen in ganz besonders trüber Färbung, weil hiermit erstmalig die Stahlvereins-Verwaltung die sozialen Schäden dokumentiert, die einzig und allein auf der übertriebenen Mechanisierung der Betriebsanlagen beruhen. Trotzdem die Kohlen- und Koksproduktion im ersten Geschäftsquartal 1932-33 nicht unwesentlich über der des gleichen Quartals von 1931-32 liegt, sind heute bei höherer Förderungsziffer über 2500 Arbeiter in den mechanisierten Zechenbetrieben des Stahlvereins überflüssig geworden.

Im Gegensatz zu dem Optimismus der Zechenbarone, die jetzt endlich wieder bei steigender Produktion den Goldschimmer des Profits leuchten sehen, blickt das werktätige Volk sorgenvoll auf stillgelegte Schachtanlagen und leerstehende Arbeitsstätten, die ein unsoziales Wirtschaftssystem ein für allemal aus dem Produktionsapparat ausgeschaltet hat. Gerade die leitenden Persönlichkeiten des Stahlvereins haben hinsichtlich der Ueberindustrialisierung der Betriebe wahre Rekorde aufgestellt; das nochmals mit besonderem Wohlbehagen festzustellen, dürfte wohl Zweck der Besichtigung der Zeche Zollverein Schacht 12 gewesen sein, die der gesamte Aufsichtsrat des Stahlvereins nach seiner letzten Tagung vorgenommen hatte.

12. Bundesausschußsitzung des ADGB.

Am 21. Januar 1933 trat der Ausschuß des ADGB. im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner 12. Sitzung zusammen. Die Bezirkssekretäre des Bundes nahmen an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Leipart in ehrenden Worten des langjährigen Mitgliedes des Bundesvorstandes Hermann Müller, des Vorstandsmitgliedes des Fabrikarbeiterverbandes Gustav Haupt und des großen Führers der politischen Arbeiterbewegung Eduard Bernstein, der in den langen Jahrzehnten seiner Wirksamkeit den Gewerkschaften ein stets bereiter Helfer gewesen sei. Alsdann erstattete Leipart den

Bericht des Bundesvorstandes.

Bis vor kurzem war — eine unmittelbare Folge der Wirtschaftskrise, die nun schon fast drei Jahre auf der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft lastet — ein nicht unerheblicher Rückgang der Mitgliederzahl in den Gewerkschaften festzustellen. Im letzten Vierteljahr ist in der Mitgliederbewegung eine entscheidende Wendung zum Besseren eingetreten. Weniger erfreulich als dieser Umschwung sind leider die Aussichten auf eine wirksame

Arbeitsbeschaffung.

Reichskommissar Dr. Gerecke hat sich offenbar gegen die vorhandenen Widerstände und Vorurteile nicht so durchsetzen können. Die Frage der Arbeitsbeschaffung wird nicht im Sinne unserer Forderungen und in dem von uns gewünschten Tempo vorwärts getrieben. Wir stehen zwar in Verbindung mit dem Reichskommissar. Es ist hier und da gelungen, Verbesserungen durchzusetzen oder unerwünschte Maßnahmen zu verhindern, aber im großen und ganzen sind die Einflüsse der Privatwirtschaft, ist die Angst vor einer Inflationsgefahr stärker. Wir haben durchsetzen können, daß ein Teil der Neueinstellungsprämien für öffentliche Arbeiten angesetzt wird, aber wir haben vergeblich dagegen Einspruch erhoben, daß Privatunternehmer auch für auf diese Weise in Gang gesetzte öffentliche Arbeiten die Prämien erhalten.

Die Wirtschaftskrise trifft die erwerbslosen Arbeitermassen ungleich härter als andere Bevölkerungsschichten. Die Vorstände des ADGB. und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben sich daher entschlossen, noch einmal beim Reichspräsidenten vorstellig zu werden, um ihm die Auffassung der Gewerkschaften von der gegenwärtigen Lage und ihre Forderungen zur Ueberwindung der Not vorzutragen. Der Reichspräsident hat sich bereit erklärt, die Vertreter der Gewerkschaften heute zu empfangen.

Der Vorsitzende erinnerte an das vom Bundesausschuß bereits im Oktober 1930 eindringlich erhobene Verlangen nach gesetzlicher Durchführung der vierzigstündigen Arbeitswoche. Kameradschaftliche Solidarität mit den Millionen Beschäftigungslosen veranlaßte die Gewerkschaften zu diesem Schritt. Trotzdem ist von seiten der Regierung nichts geschehen, um diese für die Arbeiter selbst mit Opfern verbundene Forderung zu erfüllen. Statt dessen erfolgten wiederholte zwangsweise Lohnsenkungen, die die Kaufkraft dauernd herabdrückten. Daß dieser Weg nicht weiter begangen und eine

Arbeitszeitverkürzung nicht ohne Lohnausgleich

durchgeführt werden darf, ist vom wirtschaftlichen ebenso wie vom sozialen Standpunkt eine Selbstverständlichkeit. Der Lohnausgleich für die entfallenden Arbeitsstunden ist unbedingt notwendig.

Mit höchst bedenklicher Verspätung ist inzwischen die gewerkschaftliche Forderung der Vierzigstundenwoche zum Gegenstand internationaler Verhandlungen erhoben worden. Bei der heutigen Lage des Arbeitsmarktes und der Arbeitszeitverhältnisse muß es jedoch zweifelhaft erscheinen, ob in der Verwirklichung dieses Zieles noch eine genügende Maßnahme zu erblicken ist. Die Tatsache, daß in gewissen industriellen Ländern bereits maßgebliche privatkapitalistische Kreise und Sachverständige die Einführung der Dreißigstundenwoche mit warnender Dringlichkeit vertreten, bestätigt die Richtigkeit dieser Auffassung.

Internationales Arbeitsamt.

Bis zum Ende des vergangenen Jahres war Herm. Müller der deutsche Arbeitervertreter im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes Als Nachfolger auf diesem Posten hat der Bundesvorstand den langjährigen Bezirkssekretär des ADGB., Wilhelm Leuschner (in den letzten Jahren Innenminister des Freistaates Hessen) vorgesehen. Der Bundesvorstand schlägt vor, Leuschner gleichzeitig als Nachfolger Umbreits in den Bundesvorstand zu wählen. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes ist das entscheidende Gremium für eine wirksame Beeinflussung der Entwicklung der internationalen Sozialpolitik. Im Vergleich dazu fällt der Posten des stellvertretenden Direktors des Internationalen Arbeitsamtes weniger ins Gewicht. Auch dieser Posten ist zu vergeben, da Butler, der diese Stelle bis vor einem halben Jahre innehatte, Nachfolger von Albert Thomas geworden ist. Es wäre sachlich durchaus gerechtfertigt, wenn in dieses Amt ein Deutscher, und zwar ein deutscher Arbeitervertreter, berufen würde. Der Direktor hat sich damit einverstanden erklärt, den Vizedirektor nur im Einverständnis mit den drei Gruppen zu ernennen. Die letzteren haben sich aber noch nicht auf eine einheitliche Kandidatur geeinigt. In der

Aussprache

ergab sich die volle Uebereinstimmung der Verbandsvertreter mit den Ausführungen Leiparts. Es wurde hervorgehoben, daß der Umfang der Arbeitslosigkeit ohne eine tiefgehende Arbeitszeitverkürzung nicht dauernd gemindert werden kann. Mit großem Nachdruck wurde darauf hingewiesen, daß in Deutschland selbst bei der gegenwärtigen Lage in vielen Fällen noch über 48 Stunden, ja bis zu 60 Stunden gearbeitet werde. Es sei ein Skandal, daß angesichts der ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit in der letzten Zeit sogar die Behörden die Ueberschreitung der 48stündigen Arbeitszeit zulassen, statt die Gewerkschaften in ihrem Kampfe gegen das Ueberstundenwesen zu unterstützen. Mit diesem Mißstand müsse in erster Linie aufgeräumt werden. Der Bundesvorstand forderte daher von der Regierung die gesetzliche Verminderung der Arbeitszeit auf ein Maß, das geeignet ist, einen großen Teil der materiell und seelisch leidenden Arbeitslosen endlich wieder den Weg zu Lohn und Brot zu öffnen.

Besprechung mit dem Reichspräsidenten.

Während der Bundesausschuß zum nächsten Punkt der Tagesordnung überging, begaben sich die Vorsitzenden Leipart, Graßmann, Eggert und Stähr zum Reichspräsidenten. Der Inhalt der Besprechung ergibt sich aus dem folgenden Schreiben der Bundesvorstände an den Reichspräsidenten, das von den Vertretern der Gewerkschaften in der Aussprache eingehend begründet wurde:

„In einer Zeit höchster wirtschaftlicher und seelischer Nöte der werktätigen Bevölkerung, insbesondere der rund 7 Millionen erwerbslosen Volksgenossen, wenden wir uns an Sie, Herr Reichspräsident, um Ihre Aufmerksamkeit auf die nunmehr unerträglich gewordenen Verhältnisse zu lenken.

Als wir am 26. Februar 1931 zusammen mit Vertretern der anderen gewerkschaftlichen Spitzenverbände die Ehre hatten, Ihnen die damalige Lage zu schildern, erwarteten Sie mit uns eine allmähliche wirtschaftliche und soziale Besserung. Damals zählten die Arbeitsämter 5 Millionen Erwerbslose. Unter den 7 Millionen Erwerbslosen von heute befinden sich zahlreiche Jugendliche, denen nach der Schulentlassung Arbeit im Erwerbsleben überhaupt noch nicht vergönnt war.

Wir sind uns bewußt, daß unter der Wucht der Wirtschaftskrise fast alle Schichten der Bevölkerung leiden. Wir kennen die Sorgen und Klagen aller Berufsstände und Wirtschaftszweige. Wir wissen besonders, daß infolge des Zusammenbruchs der

Die drei Pfeile des Gewerkschafters:

Wollen!
Wirken!
Werben!

Wolle erst, dich zu erheben
aus des Daseins dunklem Tal.
Richte lebenslang dein Streben
gegen Unrecht, Not und Qual.
Schärfe immerzu dein Wollen
für den Kampf ums Menschenrecht,
denn zu dulden und zu grollen
ziemt nur dem geduckten Knecht.
Wolle nur, der erste Pfeil
macht schon deinen Kleinmut heil!

Wirke für das Wohl der vielen,
die vom Los geschlagen sind.
Wirke für das Volk der Schwielen,
bis es gleiches Recht gewinnt.
Kläre auf, die ziellos irren,
wecke jeden, der noch träumt,
dessen Sinne sich verwirren,
wenn der Schwall der Phrase schäumt.
Wirke, denn der zweite Pfeil
macht den Stumpf- und Knechtsinn heil!

Werbe überall und immer
neue Kämpfer dem Verband.
Mammons Herrschaft geht in Trümmer
nur durch straffsten Widerstand.
Jeder bringe einen Streiter,
dann verdoppelt sich die Zahl.
Doppelt stärker, doppelt breiter
wirbt dann unser Ideal.
Werbe, denn der dritte Pfeil
macht die Selbstzerfleischung heil!

Victor Kalinowski.

König Kohle

Amerikan. Bergarbeiterroman von Upton Sinclair.

13. Copyright by Malik-Verlag.

In dieser Nacht konnte Hal nur wenig schlafen. Ringsum schnarchten die anderen reminitskischen Mieter, er aber lag wach und überdachte die Dinge, die der morgige Tag bringen konnte. Einige muteten ihn recht unangenehm an — er malte sich seine Person mit einer gebrochenen Nase aus, oder mit Teer und Federn bestrichen, und auch seine Theorie einem Räuber gegenüber fiel ihm ein. Ist doch die Allgemeine Beheizungsgesellschaft ein furchteinflößender, gigantischer Räuber. War es da nicht weit angemessener, auszurufen: „Bedienen Sie sich selbst!" Dann aber dachte Hal an Edstroms Ameisen und fragte sich, welche Gewalt sie wohl zusammenhalte.

Da der Morgen dämmerte, erhob er sich und wanderte in die Berge, die die Macht besitzen, die moralische Kraft des Menschen zu stärken und zu erneuern. Hier blieb er den ganzen Tag. Als die Sonne hinter den Bergspitzen versunken war, stieg auch er nieder und traf Edstrom und Sikoria vor dem Büro der Gesellschaft.

Sie nickten einander zu, und Edstrom erzählte ihm, daß seine Frau während des Tages gestorben sei. Da es im Nordtal keinen Leichenbestatter gab, hatte er eine Bekannte beauftragt, die Leiche nach Pedro zu schaffen, um selbst für die Besprechung mit Cartwright frei zu sein. Hal legte sanft die Hand auf die Schulter des alten Mannes, doch sagte er kein Trostwort. Er sah, daß sich Edstrom mit seinem Leid abgefunden habe und zur Erfüllung seiner Pflicht bereit war.

„Gehen wir", sprach der alte Mann, und die drei betraten das Büro. Während ein Angestellter ihre Botschaft in einen inneren Raum brachte, verharrten sie schweigend, unruhig von einem Fuß auf den andern tretend, und die Mütze in den Händen drehend, nach einfacher Leute Art.

Endlich erschien Herr Cartwright auf der Türschwelle. Seine kleine, hagere Gestalt atmete strenge Autorität. „Was gibt's?" fragte er.

„Wenn Sie gestatten", sagte Edstrom, „möchten wir gerne mit Ihnen sprechen. Wir haben beschlossen, Herr, daß wir einen Waagekontrolleur haben wollen."

„Was?" — Das Wort kam wie ein Peitschenknall.

„Wir möchten einen Waagekontrolleur, Herr."

Einen Augenblick herrschte tiefes Schweigen. „Kommen Sie hier herein." Sie folgten ihm in das innere Büro, und er schloß die Tür.

„Also los — was soll das heißen?"

Edstrom wiederholte nochmals seine Worte.

„Was hat Sie auf diesen Gedanken gebracht?"

„Nichts Besonderes. Wir meinten nur, daß es besser wäre."

„Sie glauben, daß man nicht das richtige Gewicht notiert."

„Nun, Herr, sehen Sie ... einige der Leute ... Wir glauben, es wäre besser, einen Waagekontrolleur zu haben. Wir sind bereit, seinen Lohn zu bezahlen."

„Wer soll denn dieser Waagekontrolleur sein?"

„Joe Smith, Herr."

Hal nahm sich zusammen und hielt dem Blick des andern stand.

„Oh — Sie also!" Dann nach einer kurzen Pause: „Deshalb waren Sie neulich so übermütig!"

In diesem Augenblick war es Hal nichts weniger als übermütig zumute, doch unterließ er es, seinem Gefühl Worte zu verleihen. Schweigen trat ein.

„Sagt mir nur, weshalb ihr euer Geld so hinauswerfen wollt?" Der Oberaufseher begann auf die Leute einzusprechen und versuchte ihnen klarzumachen, daß sie durch ihr Vorgehen nichts gewinnen würden. Seit Jahren wurde die Grube nach dem gegenwärtigen System geleitet, und noch keiner hatte sich darüber beklagt. Es war einfach lächerlich, anzunehmen, daß eine so große, verantwortungsvolle Gesellschaft sich herablassen würde, ihre Arbeiter um ein paar Tonnen Kohle zu betrügen. In diesem Ton ging es eine Zeitlang fort.

„Herr Cartwright", sagte Edstrom, als der andere schwieg, „Sie wissen, daß ich mein ganzes Leben in Gruben gearbeitet habe, die meiste Zeit in den Gruben dieses Reviers. Ich weiß, was ich sage, wenn ich Ihnen erkläre, daß im Kohlenrevier allgemeine Unzufriedenheit herrscht, weil die Arbeiter glauben, sie erhielten nicht das richtige Gewicht. Sie behaupten, nie eine offizielle Beschwerde gehört zu haben. Sie werden wohl selbst den Grund wissen ..."

„Was ist der Grund?"

„Nun", sagte Edstrom sanft, „vielleicht wissen Sie den Grund auch nicht — jedenfalls aber haben wir beschlossen, einen Waagekontrolleur zu fordern."

Augenscheinlich war der Oberaufseher äußerst überrascht und wußte keinen rechten Ausweg zu finden. „Sie können sich ja vorstellen", meinte er schließlich, „wie peinlich es die Gesellschaft berührt, zu erfahren, daß die Arbeiter betrogen zu werden glauben."

„Wir behaupten nicht, daß die Gesellschaft davon weiß, Herr Cartwright. Es kann doch sein, daß weder Sie noch die Gesellschaft damit etwas zu tun haben. Ein Waagekontrolleur vertritt ebenso Ihre Interessen wie die unseren."

„Danke", entgegnete Cartwright trocken. Sein Ton verriet, daß es ihm schwerfalle, sich zu beherrschen. „Haben Sie Ihren Beschluß gefaßt, so gibt es weiter nichts zu sagen. Den meinen werden Sie später erfahren."

Das klang nach Entlassung. Mike Sikoria wandte sich bereits demütig um und strebte der Tür zu. Edstrom jedoch gehörte zu jenen Ameisen, die nicht beiseite treten, und Mike stellte sich nach seinem Blick auf den alten Mann hastig wieder an dessen Seite, hoffend, daß seine Bewegung unbemerkt geblieben war.

„Bitte, Herr Cartwright", sagte Edstrom, „wir möchten Ihren Beschluß heute schon erfahren, damit der Waagekontrolleur morgen seine Stelle antreten kann."

„Wie? Eilt die Sache so?"

„Es gibt keinen Grund zur Verzögerung, Herr. Wir haben unseren Mann gewählt, sind bereit, ihn zu bezahlen."

„Wer ist bereit, ihn zu bezahlen? Nur Ihr beide?"

„Ich habe nicht das Recht, die anderen zu nennen, Herr."

„Oh! Also eine geheime Bewegung?"

„Gewissermaßen — ja, Herr."

„Wirklich?" sagte der Oberaufseher in bedeutsamem Ton. „Und es ist Ihnen einerlei, wie sich die Gesellschaft dazu verhalten wird?"

„Nein, Herr Cartwright. Wir sehen nur nicht ein, was die Gesellschaft dagegen einwenden könnte. Es ist eine rein geschäftliche Sache ..."

„Ihnen mag sie so einfach erscheinen, ich bin nicht dieser Meinung", fuhr der andere los. Dann, sich mühsam wieder beherrschend: „Begreifen Sie doch: wenn es wirklich vonnöten wäre, so hätte die Gesellschaft gar nichts dagegen, daß die Arbeiter das Wiegen kontrollieren lassen. Die Gesellschaft ist stets bereit gewesen, das Richtige zu tun, doch kann dies nicht so im Handumdrehen entschieden werden. Ich werde Ihnen meinen Beschluß später mitteilen."

So waren sie denn zum zweitenmal entlassen. Der alte Mike und Edstrom schickten sich zum Gehen an, nun aber sprang eine andere Ameise in den Graben.

„Wann werden Sie dem Waagekontrolleur gestatten, seine Stelle anzutreten, Herr Cartwright?" fragte Hal.

Der Oberaufseher warf ihm einen scharfen Blick zu und bezwang sich abermals.

„Ich bin noch nicht bereit, diese Frage zu beantworten. Sie werden es dann erfahren, wenn es mir paßt. Das ist genug für heute." Er öffnete die Tür, und in dieser Handlung schien gleichsam ein Befehl zu liegen.

„Herr Cartwright", fragte Hal, „es gibt doch kein Gesetz gegen das Anstellen eines Waagekontrolleurs?"

Der Blick, der diesen Worten folgte, bewies zur Genüge, daß der Oberaufseher das Gesetz kenne. Hal nahm den Blick als Antwort und fügte hinzu: „Ich bin von einem Komitee zum Waagekontrolleur gewählt; das Komitee hat Sie davon in Kenntnis gesetzt. Dies macht mich zum Waagekontrolleur, Herr Cartwright, und ich muß daher an meine Pflicht gehen."

Ohne die Antwort des Oberaufsehers abzuwarten, strebte er der Tür zu, gefolgt von seinen erschrockenen Gefährten.

✡ ✡

In der Versammlung war beschlossen worden, die Kunde von der Waagekontrolleurbewegung soviel wie möglich zu Propagandazwecken zu verbreiten. Da die drei Männer das Haus verließen, strömte ihnen eine neugierige Menge entgegen. Fragen wurden laut; jeder, der eine Antwort erhielt, war sofort von Landsleuten umringt, die eine Erklärung verlangten. Hal ging zu Reminitski. Nachdem er sein Abendbrot verzehrt hatte, machte er sich auf den Weg, schritt von Hütte zu Hütte, berichtete den Leuten von der Bewegung und erklärte ihnen, daß sie ein gesetzliches Recht forderten. Und immer begleiteten ihn Edstrom und der alte Mike, denn Tom Olson hatte sie davor gewarnt, Hal auch nur einen Augenblick allein zu lassen. Den gleichen Befehl schienen auch die Aufseher gegeben zu haben. Als Hal Reminitskis Haus verließ, sah er inmitten der anderen Jake Predovich, der ihm überallhin folgte und zweifellos aufpaßte, mit wem Hal sprach.

Die drei berieten, wo man am besten die Nacht verbringen könnte. Der alte Mike war äußerst besorgt. Der Eifer des

Massenkaufkraft, der Verarmung großer Teile der industriellen Bevölkerung, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse trotz gesunkener Preise keinen Absatz finden können. Aber es muß doch mit allem Nachdruck hervorgehoben werden, daß in der lang andauernden Krise die Verelendung den schlimmsten Grad erreicht hat bei den großen Teilen der Arbeiterschaft, die nicht mehr in der Lage sind, ihre Arbeitskraft zu verwerten und zu langfristiger Erwerbslosigkeit verdammt sind. Während es sich bei der Notlage anderer Bevölkerungsschichten vielfach um die Gefährdung ihres Besitzes handelt, geht es bei den Erwerbslosen zum großen Teil um die Gefährdung des nackten Lebens. Die Unmöglichkeit, den notwendigen Bedarf an Ernährung und Kleidung für sich und ihre Familienangehörigen zu decken und in menschenwürdigen Wohnungen zu wohnen, hat diese Menschen tief verbittert und in Verzweiflungsstimmung getrieben.

Zugleich ist für die noch Beschäftigten in erheblichem Umfang die Kurzarbeit weiter durchgeführt worden. An der Jahreswende waren von je 100 Mitgliedern der dem ADGB. angeschlossenen Verbände nur noch 32,2 voll beschäftigt, 22,2 waren Kurzarbeiter und 45,6 voll arbeitslos. Die normale Beschäftigung hat sich also in eine Ausnahme verwandelt! Weniger als ein Drittel der Arbeiter bringt noch den vollen, aber durch den Lohnabbau um 25 bis 30 Prozent verringerten Wochenlohn nach Hause.

Der Zusammenbruch der Massenkaufkraft hat der deutschen Ausfuhrindustrie keine neuen Märkte erobern können, er hat im Gegenteil noch den Binnenmarkt zerstört. Die Handelspolitik der Regierung ist von der Vorstellung beherrscht, der Landwirtschaft auch bei zusammengebrochener Massenkaufkraft helfen zu können. Diese Vorstellung ist irrig. Mengenmäßig ist die landwirtschaftliche Produktion von der Krise unberührt geblieben. Da aber mangels genügender Kaufkraft der städtischen Bevölkerung die Agrarerzeugnisse keinen ausreichenden Absatz finden können, sinken die Preise. Hier helfen entscheidend weder Subventionen noch Zölle. Aus diesem Kreis gibt es solange keinen Ausweg, solange nicht die Kaufkraft der Verbrauchermassen der industriellen Bevölkerung gesteigert und unhaltbarer Großgrundbesitz in zweckmäßige Siedlungen umgewandelt wird. Die Verstimmung über die Agrarpolitik der Regierung ist besonders gerade in den Ländern stark, die einen großen Teil des deutschen Industrieexports aufnehmen. Je mehr diese Länder ihren Industriebedarf in anderen Ländern decken, je mehr erhöht sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Diese einseitig auf Agrarschutz eingestellte Handelspolitik führt darüber hinaus zur Durchlöcherung des deutschen Handelsvertragssystems, das auf dem Grundsatz der Meistbegünstigung aufgebaut war und das mit diesem Grundsatz der deutschen Exportindustrie gedient hat, ohne der Landwirtschaft wirklich zu schaden. Eine Handelspolitik, die auf Deutschlands Industrieexport nicht genügende Rücksicht nimmt, stiftet Unheil, indem sie neue Erwerbslosigkeit erzeugt und damit auch der Landwirtschaft neuen Schaden zufügt.

Zusammenfassend gestatten wir uns zu sagen:

1. **Die erste Voraussetzung für eine Entspannung der unerträglichen Lage ist eine großzügige Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand. Die bisherigen Maßnahmen der Regierung auf diesem Gebiet müssen mit größter Beschleunigung erheblich erweitert werden.**
2. **Der dadurch eingeleitete Besserungsprozeß ist in seinem Umfang und Tempo wesentlich abhängig von der Arbeitszeit der Vollarbeiter. Demzufolge muß eine der Produktionstechnik angepaßte Arbeitszeitverkürzung gesetzlich durchgeführt werden, die jedoch nicht zu weiteren Einkommensminderungen der Arbeitenden führen darf.**
3. **Die Pflege weltwirtschaftlicher Beziehungen zur Erhaltung und Steigerung der deutschen Ausfuhr muß die vornehmste Aufgabe der deutschen Handelspolitik sein.**
4. **Der Wiederaufbau der Massenkaufkraft und der sozialen Leistungen mit dem Ziel der Schaffung eines umsatzfähigen Binnenmarktes muß den Besserungsprozeß unterstützen.**

Wir bitten Sie, Herr Reichspräsident, diese vordringlichen Aufgaben zur Linderung der erschütternden Not großer Teile der Arbeiterschaft mit Ihrem starken Einfluß unterstützen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Menschenquälerei durch Luftverschlechterung.

Die Ruhrbergbauunternehmer haben herausgefunden, daß sich die Temperatur der Grubenluft durch Zufuhr von Feuchtigkeit herabsetzen lasse. In warmen Grubenbetrieben, wo nach den gesetzlichen Bestimmungen eine Arbeitszeitverkürzung eintreten müßte, führen sie durch Wassernebeldüsen (Wasserstrahler) den Wettern Feuchtigkeit zu. Erreicht wird dadurch eine thermometrische Abkühlung der Wetter, für das menschliche Wohlbefinden tritt jedoch eine enorme Verschlechterung ein. Man denke sich nur heiße Sommertage, an denen die Luft feucht ist! Man spricht hier von „Schwüle" oder „schwüler Luft". Da die Luft mit Feuchtigkeit gesättigt ist, nimmt sie dem Körper die Schweißausdunstung nicht ab. Auf dem Körper bildet sich der unerträgliche lästige Schweiß. Die Menschen fühlen sich geistig und körperlich matt und jeder wartet sehnsüchtig auf den ersten Regentropfen. Trockene Sommerluft und mag sie auch — mit dem Thermometer gemessen — heißer sein als die schwüle, ist viel erträglicher.

Das gilt auch für den Bergbau. Dort wirkt sich aber die feucht-warme Luft noch viel schlimmer aus, schon deshalb, weil die Menschen schwer arbeiten müssen. Deshalb bekämpfen wir schon seit Jahren den Widersinn der Wetteranfeuchtung.

Jetzt kommt uns der Direktor der Bochumer Bergschule, Professor Dr.-Ing. Herbst zu Hilfe. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, der die Spitzen aller Wissenschaftszweige angehören, gibt eine Schriftenreihe „Forschung tut not" heraus. Das erschienene Heft behandelt hauptsächlich den Bergbau. Prof. Dr.-Ing. Herbst schreibt über „Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Steinkohlenbergbau" und sagt dabei u. a.:

„Er (der Bergmann) hat erkannt, daß die mit wachsender Tiefe zunehmenden Schwierigkeiten, die von den Einflüssen der Erdwärme herrühren, bekämpft werden können durch Verringerung des Feuchtigkeitsgehalts der Luft, durch Ausnutzung ihrer Strömungsgeschwindigkeit, durch Ergänzung des beim Schwitzen entstehenden Salzverlustes des Körpers und dergleichen."

Ganz unsere Meinung! Aber nicht nur die Forschung tut not, sondern auch die Bekämpfung reaktionärer Auswüchse. Welche Brutalität drückt sich in der Tatsache aus, daß man, um die Schichtverkürzung zu umgehen, die Luft verschlechtert und die Menschen einer beispiellosen Quälerei ausliefert. Schweiß ist stark salzhaltig. Starker Schweißverlust führt dem Körper zuviel Salz ab, wodurch vorzeitige Ermüdung herbeigeführt wird, die sich bis zu Muskelkrampf steigern kann. Diese Tatsachen haben die Engländer schon seit langem erkannt. Sie liefern in sehr heißen Gruben den Bergleuten leicht gesalzenes Wasser vor Ort, um damit den Salzverlust des Körpers zu ersetzen. Aber das hat nur für den englischen Bergmann einen Sinn, der nicht wie ein gehetzter Sklave schuftet, sondern wie ein Mensch arbeitet. In England ist eben jeder Mensch ein freier Bürger, ein Vertragskontrahent. Es würde beispielsweise im englischen Bergbau ungeheures Aufsehen erregen, wollte etwa der Grubenbesitzer den Bergmann bestrafen. Das kann nur durch ein ordentliches Gericht geschehen. Bei uns ist es anders und deshalb brauchen wir einen strafferen Bergarbeiterschutz. Es wäre schon längst Aufgabe der Bergbehörde gewesen, diese Menschenquälerei ein Ende zu bereiten!

Der Osthilfe-Skandal.

Wie sich der politische Systemwechsel auswirkt.

Für die deutsche Landwirtschaft ist in den letzten Jahren außerordentlich viel getan worden. Hunderte von Millionen wurden von Reich und Ländern in bar gegeben. Ihre Zinslast wurde gesenkt, so daß sie heute nicht wesentlich anders ist als in der Vorkriegszeit. Bei der Steuerzahlung genießen die Landwirte besondere Vergünstigungen. Die Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse sind immer wieder erhöht worden. Dazu kamen noch andere agrarpolitische Maßnahmen, wie die Einfuhrbeschränkungen, die Stützung der Getreidepreise und die Sicherung der Ernten. Die Kartoffelbrenner erhielten noch besondere Liebesgaben durch das Branntweinmonopol. Auf diese Weise sind der Landwirtschaft viele Milliarden direkt oder indirekt zugeflossen zu der gleichen Zeit, in der sich der wirtschaftliche Druck und die steuerliche Belastung bei den übrigen Erwerbszweigen ungeheuerlich verstärkte.

Zu alledem kam dann noch die Osthilfe. Sind schon die anderen Zuwendungen zum überwiegenden Teil dem Großgrundbesitz zugute gekommen, so haben die ostelbischen Großgrundbesitzer aus der Osthilfe geradezu ein Monopol für sich zu machen verstanden. Wie mit den Osthilfegeldern geschleudert worden ist, dafür einige Beispiele:

Die Burggrafenfamilie Dohna in Willkühnen hat fast eine halbe Million Mark staatliche Gelder erhalten, die voll verloren sind. In der Zwangsversteigerung hat Graf Dohna sein Gut wieder erwerben lassen und jetzt soll ihm der Betrieb wieder zurückgegeben werden.

Die Putschistenfamilie Kapp in Pilzen (Kreis Pr.-Eylau) hat bei der Zwangsversteigerung ihres Gutes 200 000 M. bekommen. Frau Kapp erhielt mit 30 000 M. weiterer Zuschüsse das Gut wieder zurück.

General Hell in Groß-Grieben bei Osterode hatte 205 000 M. Umschuldungshypotheken und 30 000 M. Zuschuß erhalten, die sämtlich verloren sind.

Graf von Kalckstein in Arnsberg brachte dem Reich einen Verlust mit 50 000 M., trotzdem wurde der Gräfin Kalckstein die Uebernahme des Rittergutes mit 100 000 M. neuer staatlicher Mittel ermöglicht.

Der Präsident der Pommerschen Landwirtschaftskammer von Flemming hat das Sicherungsverfahren durchführen lassen, bei denen die Gläubiger keinen Pfennig erhielten. Trotzdem bekam er dann noch einen Kredit von 100 000 M. von der Bank für Industrieobligationen, wo er stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender ist.

Dem bekannten Reaktionär von Oldenburg-Januschau ist ein Darlehen von 621 000 M. zugesagt worden, von denen bisher 454 000 M. ausgezahlt worden sind.

Aber auch die Hohenzollernfamilie will bei diesem Fischzug nicht leer ausgehen. Hermine, die Frau Wilhelms des Letzten, ist mit ihrem Gutsbesitz bereits in den Tätigkeitsbereich der Osthilfe gelangt.

Die Naziwähler können jedenfalls mit den Auswirkungen ihrer Wahlsiege zufrieden sein. Und für die Großgrundbesitzer scheint sich die „Ueberwindung des marxistischen Systems" zu lohnen.

Spions ließ ihn befürchten, sie könnten in der Nacht überfallen werden. Er berichtete Schauerdinge über derlei Vorfälle. Gab es denn für die Gesellschaft eine einfachere Art, die ganze Sache zu regeln? Man würde irgendeine Geschichte erfinden, alle Welt glauben machen, sie seien betrunken gewesen, bei einer Rauferei, vielleicht um eine Frau, umgekommen. Diese letzte Annahme beunruhigte Hal seiner Familie wegen am meisten. Nein, er durfte nicht im Dorfe übernachten, doch konnte er auch nicht den Canon hinuntergehen. War er einmal durch das Tor geschritten, so würde er nicht mehr Einlaß finden.

Ein Gedanke kam ihm: weshalb sollten sie nicht den Canon hinaufgehen? Am anderen Ende des Dorfes gab es keine Umzäunung, bloß Felsen und Dickicht, nicht einmal einen Weg.

„Und wo werden wir schlafen?" fragte entsetzt der alte Mike.

„Im Freien", erwiderte Hal.

„Pluha biedna! Damit die Nachtluft in meine Knochen kriecht!"

„Ja, glauben Sie denn, wenn Sie im Zimmer schlafen, so bleibe die Taglust in Ihren Knochen?" lachte Hal.

„Freilich, wenn ich die Fenster fest schließe und meine Knochen zudecke."

„Nun", meinte Hal, „riskieren Sie einmal die Nachtluft. Es ist immer noch besser, als wenn sie einer mit einem Messerstich in Ihre Knochen einläßt."

„Aber der Kerl, der Predovich — er wird uns auch in den Canon nachsteigen."

„Ja, aber er ist allein, wir brauchen ihn nicht zu fürchten. Geht er andere holen, so verliert er uns in der Finsternis."

Edstrom, dessen Ansichten über Anatomie weniger primitiv waren als die Mikes, stimmte Hals Vorschlag bei. Sie holten ihre Decken und klommen in der stillen, besternten Nacht den Canon hinauf. Eine Zeitlang hörten sie den Spitzel hinterher pusten, dann jedoch verhallten seine Schritte. Nachdem sie noch eine Strecke gegangen waren, wähnten sie sich bis zum Tagesanbruch in Sicherheit. Hal hatte als Jäger manche Nacht im Freien verbracht, doch war es ein neues Erlebnis, es als Wild zu tun!

Bei Morgengrauen erhoben sie sich, schüttelten den Tau aus ihren Decken, rieben sich die Augen. Hal war jung und sah die Herrlichkeit des Morgens. Der arme Mike Sikoria hingegen stöhnte und brummte über seine alten, schmerzenden Knochen. Er glaubte, sich eine unheilbare Krankheit zugezogen zu haben, doch faßte er neuen Mut, als Edstrom vom Morgenkaffee sprach, und sie eilten zur Wirtschaft hinunter.

Nun kam die kritische Zeit, da Hal allein gelassen werden mußte. Edstrom ging nach Pedro, sich um die Beerdigung seiner Frau zu bekümmern. Mike Sikoria durfte seine Arbeit nicht im Stiche lassen, wollte er der Gesellschaft nicht einen Vorwand für seine Entlassung geben. Das Gesetz, das einen Waagekontrolleur vorsah, hatte unterlassen, für die Leibwache des Waagekontrolleurs Sorge zu tragen.

Hal hatte in einem Anfall von Wut in Cartwrights Büro sein Programm verkündet. Sobald die Leute an die Arbeit gegangen waren, erschien er beim Kippraum. „Herr Peters", sagte er zum Waagemeister, „ich bin als Waagekontrolleur angestellt."

Der Waagemeister, ein Mann mit großem, schwarzem Schnurrbart, der ihm eine gewisse Aehnlichkeit mit Nietzsche verlieh, schien ehrlich verblüfft. „Was zum Teufel!..."

„Einige der Leute", fragte Hal in geschäftlichem Ton, „haben mich zum Waagekontrolleur gewählt. Wenn die Karren heraufkommen, werde ich das Wiegen kontrollieren."

„Bleiben Sie nur außerhalb des Kippraums, junger Mann!" Auch Peters' Ton war vollkommen geschäftlich.

Der Anwart auf den Waagekontrolleurposten setzte sich abwartend auf die Stufen des Kippraums. Dies war ein öffentlicher Ort, hier würde er in Sicherheit sein. Einige der Vorübergehenden lachten und blinzelten ihm zu, andere flüsterten ermutigende Worte. Und so saß er den ganzen Morgen, wie in China ein Protestierender vor dem Palasttor eines Mandarins. Es war äußerst langweilig, doch meinte Hal, er würde es länger aushalten als die Gesellschaft.

* *

Im Laufe des Vormittags trat ein Mann an Hal heran, Bud Adams, Jeff Cottons Gehilfe, der jüngere Bruder des Friedensrichters. Er war gedrungen, rotgesichtig und hatte den Ruf, seine Fäuste gut gebrauchen zu können.

„He — Sie", sagte Bud, „am Postamt liegt ein Telegramm für Sie."

„Für mich?"

„Sie heißen doch Joe Smith?"

„Ja."

„So lautet die Adresse auf dem Telegramm."

Hal überlegte einen Augenblick, es gab keinen, der an Joe Smith telegraphiert hätte. Dies war nur eine Finte, um ihn von hier fortzulocken.

„Was steht im Telegramm?" fragte er.

„Wie soll ich das wissen?"

„Woher kommt es?"

„Weiß nicht."

„Nun", meinte Hal ruhig, „Sie könnten es mir eigentlich herbringen."

Der andere starrte ihn entgeistert an. Das war keine Revolte mehr, das war Revolution! „Zum Teufel, glauben Sie denn, daß ich Ihr Laufbursche bin?" schrie er.

„Läßt die Gesellschaft Telegramme nicht austragen?" erkundigte Hal sich höflich.

Bud rang seine Wut gewaltsam nieder, und Hal beobachtete ihn vorsichtig. Augenscheinlich jedoch hatten jene, die ihn ausgeschickt hatten, keine präzisen Befehle gegeben, denn Bud würgte seinen Zorn hinab, wandte sich um und schritt fort.

Hal harrte auf seinem Posten aus. Er hatte sein Mittagessen mitgenommen und meinte, es einsam verzehren zu müssen; er wußte, was ein Mann riskierte, der ihm seine Sympathie bezeigte. Daher verwunderte er sich sehr, als der riesenhafte Schwede Johannson zu ihm trat und sich neben ihn setzte. Später kamen auch ein junger mexikanischer Arbeiter und ein griechischer Bergmann. Die Revolution breitete sich aus.

Hal wußte mit Bestimmtheit, daß die Gesellschaft dies nicht länger dulden würde. Tatsächlich trat in den frühen Nachmittagsstunde der Waagemeister aus dem Kippraum und winkte ihn zu sich. „Kommen Sie einmal her!" Hal folgte ihm.

Der Waageraum war so ziemlich den Blicken der Vorübergehenden ausgesetzt, auf der einen Seite jedoch führte eine Tür in ein inneres Büro. „Hier hinein", sagte der Mann.

Hal jedoch verharrte, wo er war.

„Der Waagekontrolleur gehört in diesen Raum, Herr Peters."

„Ich will aber mit Ihnen reden."

„Ich kann Sie auch hier hören, Herr."

Hal wußte, daß er hier von den Arbeitern gesehen werden konnte, und daß dies sein einziger Schutz war.

Der Waagemeister begab sich ins Büro. Einen Augenblick später erkannte Hal, was man gegen ihn im Schilde geführt hatte. Die Tür öffnete sich, und Alec Stone trat heraus.

Er schaute einen Augenblick auf seinen politischen Gegner, dann näherte er sich Hal. „Junge", sagte er leise, „Sie übertreiben. Ich hatte nie erwartet, daß Sie so weit gehen!"

„Das kann ich mir freilich denken, Herr Stone", entgegnete Hal.

Der Schachtaufseher kam noch näher. „Was wollen Sie eigentlich, Junge? Was soll Ihnen das Ganze einbringen?"

Hal hielt seinem Blick stand: „Erfahrung."

„Sie kommen sich großartig vor, mein Söhnchen. Es wäre jedoch besser für Sie, Sie hielten inne und überlegten, gegen wen Sie vorgehen. Sie setzen es ja doch nicht durch, darüber werden Sie sich ein für allemal klar. Kommen Sie lieber da herein, wir wollen die Sache besprechen."

Tiefes Schweigen.

„Wissen Sie denn wirklich nicht, wie so etwas ausgeht, Smith? Diese Feuerchen springen auf — wir löschen sie. Wir verstehen uns darauf, besitzen die erforderlichen Apparate. In ein, zwei Wochen ist alles vergessen, wo aber werden dann Sie sein?"

Und als Hal noch immer schwieg, dämpfte der andere seine Stimme zu einem Flüstern herab. „Ich verstehe ja Ihre Lage, nicken Sie nur einmal mit dem Kopf, dann weiß ich, daß alles in Ordnung ist. Sie sagen am Abend den Leuten, daß Sie das Wiegen kontrolliert haben und daß alles richtig vor sich ging, dann sind die Arbeiter zufrieden. Sie und ich werden uns dann schon einigen."

„Herr Stone", sagte Hal mit tiefem Ernst, „nehme ich jetzt mit Recht an, daß Sie mir eine Bestechung anbieten?"

Sofort verlor der Mann seine Selbstbeherrschung, eine riesige Faust ballte sich dicht vor Hals Nase, ein gemeiner Fluch schlug an sein Ohr. Doch zog Hal die bedrohte Nase um keines Haares Breite zurück, über die Faust hinweg funkelten seine zornigen Augen den Aufseher an. „Es wäre gut, Herr Stone, wollten Sie die Lage endlich begreifen. Mir ist die Sache todernst, und es wäre nicht ratsam für Sie, gewalttätig gegen mich zu werden."

Einen Augenblick starrte der Mann wuttrunken Hal an, doch hatte scheinbar auch er, gleich Bud Adams, nur gewisse Befehle erhalten. Er wandte sich rasch um und ging ins Kontor zurück.

Hal verharrte eine ganze Weile, um Fassung zu gewinnen, dann schritt er gelassen zur Waage hinüber. Zum erstenmal ward er sich einer Schwierigkeit bewußt — er verstand sich nicht auf eine Kohlenwaage.

Doch wurde ihm keine Zeit gegönnt, seine Unwissenheit zu beheben. Der Waagemeister erschien. „Hinaus, Sie Kerl!"

„Sie haben mich doch aufgefordert, einzutreten", entgegnete Hal sanft.

„Dann fordere ich Sie jetzt auf, hinauszutreten!"

Und wieder nahm der Protestierende am Palasttor des Mandarins seinen Posten ein.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Notverordnung wird revidiert.

Verordnung zur Durchführung von Notvorschriften der Sozialversicherung vom 9. Januar 1933.

Die Notverordnungen der letzten Jahre zeichneten sich, soweit sie die Sozialversicherung betrafen, keineswegs durch übermäßige Klarheit aus. Von den verschiedenen Versicherungsträgern hat sie der eine so, der andere wieder anders ausgelegt. Durch die Notverordnung zur Durchführung von Notvorschriften der Sozialversicherung vom 9. Januar 1933 werden einige zweifelhafte Bestimmungen klargestellt. Die wesentlichste Klarstellung ist die, daß bestimmt wird, daß beim Zusammentreffen von Renten der Invaliden-, Angestellten- oder Pensionsversicherung mit Renten der Unfallversicherung die Ruhensvorschriften der §§ 1311 bis 1311 d der Reichsversicherungsordnung, §§ 71 a bis 71 e des Angestelltenversicherungsgesetzes und des § 107 des Reichsknappschaftsgesetzes keine Anwendung mehr finden, wenn die vorhin bezeichneten Renten und Pensionen bereits nach dem § 10 fünfter Teil Kapitel IV Abschnitt 1 der Notverordnung vom 31. Dezember 1931 ruhen.

In der Reichsknappschaft ist mit der Ausnahme bei einer Bezirksknappschaft auch bisher nach den Bestimmungen der jetzigen Verordnung verfahren worden. Die Landesversicherungsanstalten haben jedoch die Ruhensvorschriften der im Vorstehenden angezogenen Paragraphen neben dem § 10 der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 dann angewandt, wenn die Kürzungen, die sich bei Anwendung der Ruhensbestimmungen dieser Paragraphen ergeben haben, höher waren als die Kürzungen nach § 10 der Notverordnung vom 8. Dezember 1931. Dort, wo die Kürzungen in der gekennzeichneten Form vorgenommen worden sind, müssen die Renten und Pensionen umgerechnet werden. Die höheren Leistungen, die sich bei einer solchen Umrechnung ergeben, brauchen aber erst vom 1. Februar 1933 ab gezahlt zu werden.

Eine andere beachtliche Klarstellung enthalten die Durchführungsbestimmungen zu Artikel 6 §§ 2 und 3, die von den Uebergangsvorschriften der Notverordnung vom 14. Juni 1932 handeln. Darin wird zunächst festgestellt, daß der Höchstbetrag der Hinterbliebenenrenten aus einem Versicherungszweig, der sich nach der eigenen Rente des Versicherten richtet, dann nach dem neuen Rechte der Notverordnung vom 14. Juni 1932 zu berechnen ist, sofern der Versicherte nach dem 30. Juni 1932 verstorben ist und aus seiner Versicherung keine Rente bezogen hat. In anderen Fällen richtet sich der Höchstbetrag nach der Rente des Versicherten, die nach dem alten Rechte berechnet worden ist. Die so berechnete Rente des Versicherten wird um den Pauschbetrag von monatlich 6 Mark gekürzt.

Zu Artikel 6 § 2 der Notverordnung vom 14. Juni 1932 wird bestimmt, daß die Versicherungsleistungen auch dann nach dem neuen Recht, das durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 geschaffen wurde, zu berechnen sind, wenn der Antrag auf die Versicherungsleistung vor dem 1. Juli 1932 gestellt wurde, die Voraussetzung zu ihrem Bezug aber erst nach dem 30. Juni 1933 erfüllt ist. Für nachgeborene Waisen sind die Renten nach dem Recht zu berechnen, nach welchem sie für die unmittelbar nach dem Tode vorhandenen Hinterbliebenen festgesetzt wurden.

Ferner ist zu beachten, daß nach der Klarstellung der Uebergangsvorschriften zu Artikel 6 § 3 der Notverordnung vom 14. Juni 1932 durch Ziffer 7 Absatz 3 Abschnitt 2 der Durchführungsverordnung vom 9. Januar 1933 beim Zusammentreffen einer Rente der Invalidenversicherung mit einer Pension der Knappschaftspensionsversicherung für die Kürzung der Leistungen das Recht in Frage kommt, nach welchem die erste Leistung festgesetzt ist. Ist also eine Knappschaftspension vor dem 1. Juli 1932 beantragt worden, und waren die Voraussetzungen zu ihrem Bezuge erfüllt, wird nach dem alten Recht vor dem 1. Juli 1932 gekürzt, auch wenn die Invalidenrente erst 1935 oder später festgesetzt wird. Auch der Beschluß des Vorstandes der Reichsknappschaft, nach welchem bei einer Umwandlung der Alterspension nach § 36 oder § 58 RKG. in eine Pension nach § 35 oder § 57 RKG. so verfahren wird, als ob es sich bei der Pension nach § 35 oder § 57 RKG. nicht um eine neue, sondern um eine alte Pension handelt, ist durch die Durchführungsverordnung gutgeheißen worden. Demzufolge muß es bei dem Grundbetrag von 14 Mark und dem höheren Kindergeldzuschuß verbleiben. Umgekehrt, also bei Fortfall der Invalidenpension nach § 35 oder § 57 und der Gewährung der Alterspension nach § 36 oder § 58 gilt der gleiche Grundsatz, falls die Gewährung der Alterspension sofort im Anschluß an die Entziehung der Invalidenpension nach § 35 oder § 57 RKG. erfolgt.

Die Beträge von 5 Mark bei Witwen und 4 Mark bei Waisen, die nach der Notverordnung vom 14. Juni 1932 zu kürzen sind, sollen bei Hinterbliebenenrenten, die nach Kapitel IV § 5 der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 insoweit gekürzt sind, als sie nicht höher sein dürfen als die Rente des Versicherten selbst, von der ungekürzten Rente abgezogen werden. Als ungekürzte Rente der Pensionsversicherung ist der Betrag der Pension anzusehen, der sich nach § 88 und § 88 a der Satzung ergibt. Bei Zusatzrenten nach § 318 RVO. ruhen nur die halben Pauschbeträge der Notverordnung vom 14. Juni 1932. Ueber die Reihenfolge der Anwendung der Ruhensbestimmungen bei Beteiligung mehrerer Versicherungszweige bei einer Rente der Invaliden- oder Angestelltenversicherung wird bestimmt, daß zuerst die Steigerungsbeträge der Arbeiterpensionskasse, dann die der Invalidenversicherung, darauf die Steigerungsbeträge der Angestelltenpensionskasse und zuletzt die der Angestelltenversicherung zu kürzen sind. Abfindungen sind nach der Durchführungsverordnung vom 9. Januar 1933 stets nach den gekürzten Renten zu berechnen. Grundsätzlich treten die Durchführungsbestimmungen mit dem Tage in Kraft, an welchem die Verordnungen, auf die sie sich beziehen, in Kraft getreten sind. Nachzahlungen, die sich in diesem oder jenem Falle ergeben, werden aber für die Zeit vor dem 1. Februar 1933 nicht gewährt.

Einheitsfront gegen die Gewerkschaften.

Die Rolle der Nazis und Kommunisten bei den Betriebsrätewahlen.

Wenn die kommenden Betriebsrätewahlen in diesem Jahre eine besondere Note bekommen, so deshalb, weil die längst hergestellte Einheitsfront zwischen Kommunisten und Nazis zu einem entscheidenden Stoß gegen die Gewerkschaften ausholen will. Wir haben nun dafür zu sorgen, daß dieser gedachte Stoß keine Erschütterung der Gewerkschaften herbeiführt, sondern zu einer Niederlage der Angreifer wird.

Man hat es uns in den Bezirken sehr leicht gemacht, diesen Schlag entscheidend führen zu können, weil Nazis und Kozis ihre Funktionäre mit nichts anderem ausbildeten, als mit Schlagworten und Verleumdungen gegen alle freiheitlich gesinnten Organisationen und Körperschaften, um diese in Mißkredit zu bringen.

So wird uns über die Tätigkeit dieser „Einheitsfrontler" sehr Interessantes aus dem Bezirk Mansfeld berichtet. Das Kupfer- und Messingwerk Hettstedt war bis zum Jahre 1931 durch einen freigewerkschaftlichen Betriebsratsvorsitzenden vertreten. Derselbe besaß alle im Betriebsrätegesetz verankerten Freiheiten. So hatte er Gelegenheit, seine Kameraden bei ihrer Arbeit aufzusuchen, sie bei der Stellung der Gedinge zu vertreten und ihre sonstigen Interessen wahrzunehmen. Aber mit den Neuwahlen im Jahre 1931 änderte sich das Bild vom selben Tage an, denn von nun an vertrat ein Kommunist, der durch das Zusammenwirken der Nazis und Kozis bei der Betriebsausschußwahl zum Vorsitzenden gewählt wurde, die Belegschaft des Kupfer- und Messingwerks Hettstedt. Bisher ist jedoch unter der kommunistischen Führung noch keine Belegschaftsversammlung und keine Betriebsratssitzung abgehalten worden. Im Betriebe ist der „revolutionäre" Arbeitervertreter nur bei der Arbeit zu finden. Irgendwelche Anträge oder Wünsche können die Arbeiter bei ihm nicht anbringen, weil er sich selbst dazu für unfähig erklärt. Was soll man weiter dazu sagen, wenn auf dem Klothildeschacht bei Eisleben der Arbeiterratsvorsitzende, Kommunist Buse, zu einem Betriebsratsmitglied, der in diesem Falle Freigewerkschafter ist, erklären muß: „Vertritt Du meine Tätigkeit! Ich muß einsehen, daß Du dazu besser in der Lage und auch besser dazu geeignet bist, die Vertretung der Arbeiterschaft allein durchzuführen, als ich es vermag." Das ist nur einiges von den zwei Werken, auf denen die Kommunisten Einfluß auf die Betriebsvertretung haben!

Auf zwei Werken, die durch die „Stahlhelm-Selbsthilfe" vertreten werden, bestehen die gleichen Hilflosigkeiten. Die Bessemerei und die Silberhütte bei Hettstedt werden durch die „Stahlhelm-Selbsthilfe" vertreten. So besteht eine Vereinbarung zwischen dem Gesamtbetriebsrat und der Mansfeld-AG., wonach in zwei Monaten drei Feierschichten eingelegt werden, um für die freigewordene Zeit Arbeitslose einstellen zu können. Bereits am 1. November 1932 beschlossen diese beiden Betriebsratsvorsitzenden eine Werksvereinbarung, wonach auf diesen Werken pro Monat fünf Feierschichten eingelegt werden konnten und auch eingelegt werden, ohne daß dafür Neueinstellungen erfolgt wären.

Man könnte diese Beispiele beliebig fortsetzen und immer wieder den Beweis der Unfähigkeit dieser Elemente erbringen. Wir freuen uns, daß in diesem Jahre die Betriebsrätewahlen unter dem Zeichen der drei Freiheitspfeile durchgeführt werden können. Wir brauchen dabei nichts anderes zu tun, als die bekannte Tätigkeit dieser unnatürlichen Einheitsfront zwischen Kozis und Nazis der Arbeiterschaft in einem Spiegel vorzuhalten und der Sieg muß den freien Gewerkschaften gehören!

Vorstandssitzung der Reichsknappschaft.

Beschlüsse des Satzungsausschusses.

In der Brandenburger Knappschaft hat man davon abgesehen, eine Familienhilfekasse in der Pensionsversicherung einzurichten. Dafür ist den Invaliden möglich gemacht worden, freiwilliges Mitglied der Krankenkasse bei geringer Beitragszahlung zu bleiben. Da jedoch die Knappschaftsinvaliden, die einer Krankenkasse angehören, den Arzneikostenanteil und die Krankenscheingebühr nach den Vorschriften der Notverordnung zu zahlen hatten, waren die Invaliden der Brandenburger Knappschaft gegenüber anderen Knappschaftsinvaliden benachteiligt. Der Vorstand beschloß, der Brandenburger Knappschaft zu gestatten, die Knappschaftsinvaliden wie die Reichsinvaliden und Ruhegeldempfänger der Angestelltenversicherung von der Entrichtung der Gebühren zu befreien.

Stellungslose Ingenieure, die in Berawerksbetrieben vorübergehend zur weiteren Berufsausbildung praktische Arbeit verrichten, sollen in der Arbeiterabteilung versicherungspflichtig sein, sofern sie Arbeiten verrichten, die sonst von Arbeitern ausgeführt werden. Dahingegen sollen sie von der Versicherungspflicht befreit werden, falls sie eine Tätigkeit ausüben, die als eine Angestelltentätigkeit anzusehen ist und sie diese Tätigkeit nicht länger als drei Monate verrichten und der Entgelt, den sie dafür erhalten, als geringfügig anzusehen ist.

Da die Wohlfahrtsämter zur Zahlung von Anerkennungsgebühren in der Pensionsversicherung nicht verpflichtet sind und die Wohlfahrtserwerbslosen selbst kaum die Gelder aufbringen können, um die Anerkennungsgebühren zu zahlen, beschloß der Vorstand, daß auf Antrag solcher Erwerbsloser die Anerkennungsgebühr gestundet wird, wenn der Antrag innerhalb Jahresfrist nach § 76 Abs. 2 RKG. gestellt wird.

Nach § 5 im V. Teil Kapitel 4 der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 dürfen die Hinterbliebenenrenten aus einem Versicherungszweig zusammen nicht höher sein als die Rente einschließlich des Kindergeldzuschusses, die dem Verstorbenen aus einem Versicherungszweig zur Zeit des Todes zustand oder zugestanden hätte, wenn er zu diesem Zeitpunkt invalidisiert gewesen wäre. In einigen Fällen wirkt sich diese Bestimmung so schlimm aus, daß an Witwenpension nur ein ganz geringer Betrag zu zahlen ist. Der Vorstand beschloß, in den Fällen, in denen die Witwenrente aus der Invalidenversicherung noch nicht gewährt wird, die nach § 88 Abs. 1 der Satzung, § 106 RKG. und gegebenenfalls Artikel 6 § 3 der Notverordnung vom 14. Juni 1932 gekürzte Invalidenpension um den Betrag zu erhöhen, der von der Witwenpension beim Hinzutritt der Witwenrente auf Grund des § 106 RKG. zu ruhen hätte.

Nach § 66 RKG. müssen Bergbauangestellten, deren Leistungen nach dem Reichsknappschaftsgesetz geringer sind als die Leistungen nach dem Angestelltenversicherungsgesetz, die Mindestleistungen nach dem Angestelltenversicherungsgesetz gewährt werden. Es entstand die Streitfrage, ob eine solche Leistung als eine Leistung nach dem Reichsknappschaftsgesetz oder nach dem Angestelltenversicherungsgesetz anzusehen ist. Stellt man sich auf den letzteren Standpunkt, so können zu der Leistung nach dem Angestelltenversicherungsgesetz von der Invalidenversicherung nur die Steigerungssätze gewährt werden, während der Grundbetrag zum Ruhen kommt. Im anderen Falle müssen aus der Invalidenversicherung sowohl Grundbetrag als auch die Steigerungsbeträge gewährt werden. Die Landesversicherungsanstalten vertraten die Auffassung, daß es unzweifelhaft wäre, daß eine Leistung, die nach dem Angestelltenversicherungsgesetz zu gewähren ist, nicht mehr als eine knappschaftliche Leistung gelten kann. Der Angestelltenabteilungsvorstand war der gegenteiligen Auffassung. Da jedoch bei dieser Frage die Arbeiterinteressen wesentlich berührt werden, hatte der Vorsitzende des Vorstandes gegen den Beschluß des Angestelltenabteilungsvorstandes Einspruch erhoben. Die Frage kam nunmehr im Gesamtvorstand zur Verhandlung. Dieser entschied, daß in den bisher erledigten Fällen vorläufig die Angelegenheit nicht weiter verfolgt würde, daß aber alle zukünftigen Fälle so behandelt würden, als ob sie Leistungen der Angestelltenversicherung wären. Um die Angelegenheit im Rechtsverfahren zu klären, will der Angestelltenabteilungsvorstand eine grundsätzliche Entscheidung des Reichsversicherungsamtes einholen.

Den Durchführungsbestimmungen, die von der Süddeutschen Knappschaft für die Ermittlung von Einkommen aus landwirtschaftlichen Unternehmungen im Bereich der Süddeutschen Knappschaft beschlossen wurden, stimmte der Vorstand zu. Einem Antrage der Firma Storch & Schöneberg AG. in Geisweid, der dahin geht, der Firma Knappschaftsbeiträge für 30 Jahre zurückzuzahlen, weil der Basaltbruch angeblich nicht zu Recht in der Knappschaft versichert war, konnte der Vorstand nicht stattgeben. Die Knappschaftspflicht, die auf Grund früherer landesgesetzlicher Bestimmungen zustande kam, ist eindeutig, nachdem die Firma eine Erklärung gemäß Artikel 17 des Einführungsgesetzes zum Reichsknappschaftsgesetz mit ihren Arbeiter abgegeben hat. Der Antrag ist jedoch für die Einstellung mancher Unternehmer und Arbeiter gegen die Knappschaft bezeichnend. Auch für den letzten Monat, der in der Knappschaft irgendwie erdient worden ist, wird die Pension unter allen Umständen erstritten. Beiträge wollen jedoch weder die Unternehmer noch ein Teil der Arbeiter zahlen. Die Knappschaft hat z. B. an Invaliden aus dem Betriebe der Firma Storch & Schöneberg Hunderttausende zu zahlen. Es muß deshalb als ein Hohn betrachtet werden, daß die eingezahlten Beiträge zurückgefordert werden!

Für die Niederschlesische Knappschaft ist den Mehrleistungen der Krankenversicherung zugestimmt worden; desgleichen auch der Wiedereinführung von Mehrleistungen in der Meinerzhagener Knappschaftskrankenkasse und der Hessisch-Thüringischen Knappschaft. Auch den Aenderungen der Sondervorschriften, die in der Niederschlesischen, Hessisch-Thüringischen, Aachener und Siegerländer Knappschaft vorgenommen worden sind, stimmte der Vorstand zu.

Andere Beschlüsse.

Nach dem Abkommen, das zwischen der Reichsknappschaft und dem Polnischen Knappschaftsverein in Ost-Oberschlesien zum Zwecke der vorläufigen Regelung der Zahlung von Anerkennungsgebühren getroffen wurde, sollte der Polnische Knappschaftsverein den Betrag von 60 000 M. an die Reichsknappschaft für rückständige Anerkennungsgebühren entrichten. Nunmehr ersucht die Verwaltung des Polnischen Knappschaftsvereins, ihr diesen Betrag auf die Hälfte zu ermäßigen. Der Vorstand der Reichsknappschaft konnte einem solchen Antrage nicht stattgeben. Er muß darauf bestehen, daß der vereinbarte Betrag an die Reichsknappschaft abgeführt wird, weil das Abkommen kaum getätigt worden wäre, wenn die Reichsknappschaft keine Entschädigung erhalten würde.

Die Mayener Schieferindustrie ist fast restlos von der knappschaftlichen Versicherung befreit worden. Man hatte vor Jahren damit gearbeitet, daß die Schieferindustrie wegen der Knappschaftspflicht zum Erliegen kommen müßte. Daß der Einwand nicht richtig war, ergibt die Tatsache, daß trotz der Befreiung die Stillegung erfolgte. Nach den Befreiungsbedingungen waren die Werke verpflichtet, an die Knappschaft Entschädigungen zu zahlen. Bis heute hat die Reichsknappschaft aber von den Beträgen nichts geschehen. Die Beiträge, die über den 1. Juli 1926 hinaus gezahlt wurden, verlangen nunmehr die Versicherten zurück. Der Vorstand der Reichsknappschaft konnte einem solchen Verlangen keine Rechnung tragen, weil auch hier die in der Knappschaft verbliebenen Bergarbeiter zugunsten der ausgeschiedenen schwer belastet worden sind.

Das Hausgeld bei Heilverfahren in geschlossenen Heilstätten, das nur in Höhe des gesetzlichen Mindestkrankengeldes gewährt wurde, war entschieden zu gering. Ein Teil der Pfleglinge, die eine längere Kur durchzumachen hatten, hielt die Kur nicht durch, weil die Familien von dem geringen Hausgeld nicht leben konnten. Der Vorstand beschloß, daß das Hausgeld nicht von dem Mindestkrankengeld zu berechnen ist, sondern von dem höheren Krankengeld nach dem Reichsknappschaftsgesetz, das auch Zuschläge für Angehörige einschließt. Auch wurde beschlossen, den ledigen Mitgliedern, die in geschlossenen Heilstätten monatelange Kuren durchmachen, ein Taschengeld von 20 Pf. pro Tag neben den sonstigen Leistungen zu gewähren. Weiblichen Knappschaftsangestellten, die wegen Verheiratung ausscheiden, müssen gemäß § 139 der Satzung der Reichsknappschaft die Beiträge erstattet werden, obwohl sie als Knappschaftsangestellte solche nicht bezahlen brauchten. Die bisherige Lungenheilstätte der Knappschaft in Bad Berka soll, da ihr Verkauf an den Militärfiskus nicht zustande kam, in ein Erholungsheim umgewandelt werden. Das Erholungsheim in Wendefurth, für das die Knappschaft keinen rechten Gebrauch mehr hat, ist zu verkaufen.

Dem Vergleichsabschluß der Siegerländer Knappschaft mit dem Provinzialverband der Aerzte von Westfalen und Rheinland stimmte der Vorstand zu, desgleichen einem Vertrage der Süddeutschen Knappschaft mit dem Landesverband der bayerischen Zahnärzte.

Scheidet ein Vorstandsmitglied aus dem Aeltestenamt aus, weil es das Aeltestenamt nicht mehr bekleiden kann, da es weder Mitglied der Krankenkasse bleibt noch Anerkennungsgebühren zahlen kann, verliert es auch sein Amt als Mitglied eines Bezirks- oder des Reichsknappschaftsvorstandes.

Eine Beschwerde der Arbeitgebervertreter des Bezirksvorstandes der Hannoverschen Knappschaft, in der sich diese gegen eine Beitragserhöhung in der Krankenversicherung der Hannoverschen Knappschaft wandten, ist mit den Stimmen der Versicherten abgelehnt worden. Für den Geist, der in Arbeitgeberkreisen der Hannoverschen Knappschaft vorherrscht, ist es bezeichnend, daß sie auch unter den Angestellten nach Klassen unterscheiden. Sogenannten höheren Angestellten sollte die Krankenhausbehandlung 2. Klasse trotz der Notlage der Krankenkasse erhalten bleiben. Dahingegen hielten sie für die übrigen Angestellten die 3. Klasse für gut genug. Für solche Klassenscheidungen fanden sie aber bei den Vertretern der Arbeitgeber im Vorstand der Reichsknappschaft kein Verständnis. Würden sich die hannoverschen Herren über die wirklichen Ursachen der schlechten Finanzlage der Krankenkasse mehr Gedanken machen, würden sie finden, daß die Ausgaben für Krankengeld in den letzten Jahren ständig zurückgegangen sind. Man kann sie nicht noch mehr senken, ohne der Gesundheit der dortigen Bergarbeiter zu schaden. Die Ausgaben können auf andere Art vermindert werden, so z. B. durch Senkung der Unkosten für Sachleistungen. Aber dafür sind die Herren weniger begeistert, weil gegebenenfalls auch eigene Klassengenossen darunter leiden könnten.

5. Woche

Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit

vom 29. Jan. bis 4. Februar 1933

Anträge des Vorstandes zur Aenderung des Verbandsstatuts.

§ 9 Ziffer 6.

Mitglieder, die im ersten Jahre der Mitgliedschaft erwerbslos werden und kein Anrecht auf Unterstützung haben, können während der Erwerbslosigkeit einen Wochenbeitrag von 10 Pf. zahlen.

Erwerbslose Mitglieder, die ausgesteuert und weiter erwerbslos sind, können während dieser Zeit ebenfalls einen Wochenbeitrag von 10 Pf. zahlen.

Mitglieder, die während ihrer Erwerbslosigkeit aufgenommen wurden, können, solange sie erwerbslos sind, einen Wochenbeitrag von 5 Pf. zahlen.

§ 12 Ziffer 3.

Statt „1 Mark" wird „50 Pfennig" gesetzt.

§ 15 Ziffer 1

erhält folgende Fassung: „Die Berechnung sämtlicher Unterstützungen erfolgt durch die Geschäftsstellen, Bezirksleitungen oder Hauptkasse. In allen Unterstützungsfällen sind mit dem Antrag auf Unterstützung die erforderlichen Unterlagen und das Mitgliedsbuch einzusenden.

Die Höhe der Unterstützungen richtet sich nach der Mitgliedsdauer und der Höhe der Beiträge. Es wird der Durchschnittsbeitrag der letzten 26 Wochen zugrunde gelegt.

Die Mitgliedszeit wird bei Beginn jeder laufenden Unterstützung berechnet. Während der Dauer des Unterstützungsbezuges erhöht sich weder die Untrstützungsdauer noch der Unterstützungssatz.

Die Auszahlung der Unterstützungen kann auf Anweisung der Bezirksleitung durch die Zahlstellen erfolgen. Ueber die ausgezahlten Beträge hat die Zahlstelle ordnungsmäßig Buch zu führen.

Bei allen Unterstützungszahlungen ist in das Mitgliedsbuch unter Angabe des Empfangstages genau einzutragen, seit wann, für wieviel Tage und in welcher Höhe die Unterstützung bezogen ist."

§ 21 Ziffer 5.

An Stelle des Wortes „Unterstützungen" wird „Leistungen" gesetzt.

§ 22 Ziffer 1.

Im ersten Satz soll es heißen: „Streik- und Gemaßregeltenunterstützung können Mitglieder erhalten, die mindestens 26 volle Wochenbeiträge geleistet haben, wenn sie an genehmigten Streiks" — usw.

§ 22 Ziffer 9.

Statt „Beitragszahlung" ist „Mitgliedsdauer" zu setzen.

§ 29 Ziffer 1

erhält folgenden Wortlaut: „Mitglieder, die gemaßregelt werden und an ihrem Wohnort keine Arbeit finden, können, wenn sie an einem anderen Ort Arbeit aufnehmen, eine Beihilfe zum Umzug aus der Verbandskasse erhalten. Dasselbe gilt für Mitglieder, die unverschuldet arbeitslos werden, wenn sie mindestens 52 volle Wochenbeiträge geleistet haben.

Der Umzug muß innerhalb 78 Wochen nach der Entlassung erfolgt sein."

§ 30 Ziffer 1

erhält folgenden Wortlaut: „Erwerbslosenunterstützung können Mitglieder erhalten, die mindestens 52 volle Wochenbeiträge entrichtet haben:

a) bei Krankheit, wenn die Arbeitsunfähigkeit durch ärztliche Bescheinigung nachgewiesen wird;
b) bei Arbeitslosigkeit, wenn sie unverschuldet arbeitslos geworden sind;
c) bei Kurzarbeit, wenn wegen Absatzmangels mehr als drei Feierschichten je Monat eingelegt werden. Etwa verfahrene Ueberschichten sind von diesen Feierschichten in Abzug zu bringen.

§ 30 Ziffer 2.

Die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung erfolgt

a) bei Krankheit nach einer Karenzzeit von 14 Tagen oder vom 15. Tage nach der zuletzt verfahrenen Schicht. Meldet sich ein krankes Mitglied nicht sofort beim Arzt, so gilt der Tag des Eintritts in die ärztliche Behandlung als erster Karenztag;
b) bei Arbeitslosigkeit nach einer Karenzzeit von 7 Tagen oder vom achten Tage nach der zuletzt verfahrenen Schicht;
c) bei Kurzarbeit nach einer Karenzzeit von 6 Tagen, die erfüllt ist, wenn in zwei aufeinanderfolgenden Kalendermonaten sechs oder mehr Feierschichten wegen Absatzmangels eingelegt werden."

Die bisherigen Ziffern 2 bis 8 werden Ziffern 3 bis 9.

Ziffer 3 (bisher Ziffer 2).

Absatz 1. In dem Schlußsatz muß es heißen: „erhält auch vom Verbande die Unterstützung ohne Anrechnung der in Ziff. 2a festgesetzten Karenzzeit".

Absatz 2. Statt „in Ziffer 1" wird gesetzt „in Ziffer 2b".

Absatz 3. „Bei Kurzarbeiterunterstützung ist die in Ziff. 2c festgesetzte Karenzzeit erneut zu erfüllen, wenn in drei aufeinanderfolgenden Kalendermonaten keine Feierschichten wegen Absatzmangels eingelegt waren".

§ 32 Ziffer 1.

Statt „26 Wochenbeiträge" soll es heißen „26 volle Wochenbeiträge".

§ 33 a.

Zwischen § 33 und § 34 wird folgender § 33 a eingefügt: „Alle Kassen- und Vermögensgeschäfte des Verbandes werden von der Firma H. Hansmann & Co. als Verwalterin des Verbandsvermögens vorgenommen. Gesellschafter der Firma können nur Mitglieder des Verbandes sein. Zeichnungsberechtigt sind nur die Vorstandsmitglieder."

§ 34 Ziffer 2

erhält folgende Fassung: „Alle zu den laufenden Ausgaben nicht erforderlichen Geldbestände sind auf den Namen der Firma H. Hansmann & Co. sicher und zinsbar anzulegen."

§ 34 Ziffer 4

erhält folgende Fassung: „Bei Anlegung, Kündigung und Abhebung von Verbandsgeldern genügen neben dem Stempel der Firma H. Hansmann & Co. die Unterschriften von zwei Vorstandsmitgliedern."

§ 34 Ziffer 5

erhält folgende Fassung: „Jedes Jahr hat der Hauptkassierer eine Jahresabrechnung aufzustellen, die von den Kassenrevisoren auf Grund der Bücher und Belege geprüft, mit zu unterzeichnen und der Generalversammlung vorzulegen ist."

§ 36 Ziffer 4.

Der zweite Satz erhält folgenden Wortlaut: „Sie hat jeden Monat mit dem Kontrolleur die Hauptkasse, die Firma H. Hansmann & Co. und die Verlagsgesellschaft des Verbandes zu revidieren."

Ruhrrevier.

KPD.-Terrorgruppen im Lohnstreik 1931.

Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, allerdings ziemlich spät, daß im Oktoberstreik 1931 alles mögliche versucht wurde, die Belegschaftsmitglieder in den sinnlosen Streik hineinzutreiben. Die freigewerkschaftlichen Betriebsräte und Funktionäre, die vor dieser Unsinnigkeit warnten, sind nicht nur beschimpft und bedroht worden, sondern, wie wir jetzt erfahren, sollten diese nach den Methoden der Fememorde beseitigt werden. Ein besonderer Fall von der Zeche Sterkrade ist bekannt, wo in einer vom 29. zum 30. September 1931 nachts tagenden Sitzung der Beschluß gefaßt worden ist, den Betriebsratsvorsitzenden der Zeche Sterkrade zu liquidieren. Die sieben in dieser Sitzung anwesenden Mitglieder der KPD. losten, und das Los traf die zwei Parteimitglieder E. und P. Daß diese Geheimsitzung nicht nur uns bekanntgeworden, sondern auch den behördlichen Stellen bekannt und am 4. Dezember 1932 dortselbst eine eidesstattliche Erklärung abgegeben worden ist, beweist, daß einem Teil der damals irregeleiteten Nachläufer noch nachträglich Gewissensbisse über das skrupellose Vorgehen dieser Leute aufkamen. Aber nicht nur in der Wirtschaft Effkemann hat eine derartige Sitzung stattgefunden, sondern diese Methoden sollten an allen Stellen innerhalb des Ruhrgebiets angewandt werden. In den sogenannten Stubenversammlungen, in den Koloniewohnungen usw. hat man Pläne ausgeheckt, die nicht zur Ausführung gelangten, weil die Besonnenheit der organisierten Arbeiterschaft Sieger blieb.

Bezirk Zwickau.

Der Streit um den Urlaubslohn

im sächsischen Steinkohlenbergbau fand mit den Verhandlungen mit Vertretern des Reichsarbeitsministers seinen Abschluß.

Vom Landesschlichter in Sachsen wurde am 21. Dezember 1932 ein Schiedsspruch gefällt, der für das Urlaubsjahr 1933 75 Prozent des Barlohnes je Urlaubstag zur Auszahlung vorsah.

Die Bergarbeiterfunktionäre haben diesen Schiedsspruch abgelehnt, die Arbeitgeber die Verbindlicherklärung beim Arbeitsministerium beantragt.

Bei den Nachverhandlungen in Berlin wurde der Schiedsspruch abgeändert, nicht 75 Proz., sondern 80 Proz. werden als Urlaubslohn im sächsischen Steinkohlenbergbau bezahlt. Diese Regelung gilt im Sinne des Schiedsspruches für das Jahr 1933.

Die Vergünstigungen, die der § 6 (Urlaub) in der gleichzeitig geschaffenen Vereinbarung erfahren hat, treten ebenso mit Wirkung vom 1. Januar 1933 in Kraft.

In Funktionär- und Mitgliederkreisen wird allgemein begrüßt, daß die Forderung der Arbeitgeber, die Urlaubsdauer im sächsischen Bergbau abgeändert zu wissen, abgewehrt werden konnte. Im Sinne des Schiedsspruches werden nunmehr alle Bergarbeiter von der Urlaubslohnkürzung betroffen. Diejenigen Bergarbeiter, die bisher eine Urlaubslohnkürzung durch die Feierschichten hinnehmen mußten, erhalten neu eine Kürzung von 3,7 Proz. mehr als im Urlaubsjahr 1932. Bergarbeiter, die bisher keine Feierschichten gehabt haben, erhalten eine Kürzung von 20 Proz. des Urlaubslohnes.

Der § 6 des Tarifvertrages, Urlaub betreffend, hat eine wesentliche Besserung dadurch erhalten, weil alle Bergarbeiter, die nach den §§ 35 und 36 RKG. invalide werden und die Erfüllungszeit des Urlaubsjahres (31. März) erreicht haben, das Urlaubsgeld erhalten.

Kampfstellung der RGO. zum Urlaubsstreik.

Nachdem die Stellungnahme der Bezirksleitung und der Funktionäre im Zwickauer Revier zu den Forderungen der Arbeitgeber in der Urlaubslohnfrage bekannt war, blieb den RGO.-Helden und roten Frontkämpfern keine andere Wahl, ihren Kampfruf erneut zu erheben. Keine Woche verging, wo nicht mehrere Male zur Bildung von Kampf- und Aktionsausschüssen aufgerufen wurde.

In Belegschafts- und Betriebsversammlungen nach dem Schichtende, wo mitunter 10 oder 15 Bergarbeiter und Nichtbergarbeiter anwesend waren, wurde der Kampf im Zwickauer Revier zur Befreiung der deutschen Bergarbeiter beschlossen. Geradezu lächerlich wirkt eine solche Kinderei dieser Revolutionäre in den Kreisen der Gegner der Arbeiterbewegung. Kein Arbeitgeber nimmt die Maßnahmen und Aufrufe dieser Idioten ernst, aber die Folge ist, daß dort, wo diese Helden sitzen, die Behandlung der Arbeiter, das Antreibesystem und mitunter die menschenunwürdigsten Verhältnisse eingetreten sind. So wagt es auf dem Tiefbauschacht in Zwickau, wo angeblich die rote „Einheit" regieren will, ein Steiger zu einem Fördermann zu sagen, daß er ihn mit dem Kopf so lange an den Kohlenstoß schlagen will, bis das Blut kommt, wenn er nicht lebhaft leere Wagen schaffe.

Mit übertriebener Hast wird die Kohlengewinnung betrieben und die Außerachtlassung der nötigen Sicherheit gefährdet Leben und Gesundheit der Bergarbeiter in unverantwortlicher Weise. Es werden dort Abbauweisen betrieben, die unserer Auffassung nach bergpolizeiwidrig sind. Nachdem von seiten der Bezirksleitung Beschwerde beim Bergamt erhoben worden ist und Beseitigung dieser Mißstände gefordert wurde, wird zunächst die Antwort abgewartet, bevor weitere Schritte unternommen werden.

Auf diesen Schachtanlagen in unserem Revier, wo der „Rote-Grubenlampen"-Redakteur zu jedem Frühstück ein paar Antreiber verspeist, sind die Verhältnisse für die Bergarbeiter am allerschlechtesten. Diese Tatsache mögen sich die unorganisierten Bergarbeiter vor allem bei der kommenden Betriebsrätewahl vergegenwärtigen und ihre Stimme nicht den Maulaufreißern, sondern der Liste der freien Gewerkschaften geben.

Verbandsnachrichten

Rechtsschutz

Geschäftsstelle Dortmund. Die Sprechstunden für Mitglieder und Funktionäre sind jeden Dienstag während der üblichen Bürostunden; für Lünen ebenso jeden Dienstag in der Wohnung des Kameraden Hermann Weiß, Lünen, Kappenberger Straße 35 c.

Bibliothek.

Querenburg. Nachdem die Bücher der Bibliothek in Ordnung gebracht wurden, können dieselben wieder beim Kassierer August Lindenberg, Buscheystraße, in Empfang genommen werden. Die Lesefrist dauert vier Wochen.

Adressenveränderungen.

Dortmund-Wickede. Der Vertrauensmann Aug. Grimmendahl wohnt jetzt Grüningsweg 159.

Knappschaftsältestenkommission Herne.

Sonntag, den 12. Februar, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus in Recklinghausen: **Quartalsversammlung.**

Konkurrenzlos herabgesetzte Preise!
Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter!
Vertrauliches, best-reellstes christliches Haus!
1 Pfund graue Halbschleißfedern Mk. 0.50 u. 0.60, halbweiße geschliff. Mk. 1.—, weiße, flaumige Mk. 1 50, 2.— Herrschaftsschleißhalbflaum Mk. 3.50, 5.— u. 5.75, ungeschlissene weiße, feine Mk. 2.—, 2.50, u. 3.50, Daunen, graue, feine Mk. 3.50 5.—, weiße Mk. 7.—, hochfeinste Mk. 8.— versendet gegen Nachnahme, zollfrei, von 9 Pfund an franko Bettfedernfabrik Wenzel Fremuth, Deschenitz 138 Böhm.
Nichtpassendes tausche um od. Geld zurück. Ausführliche Preisliste gratis

Für Eheleute!
Schwangerschaft?
Die Not unserer Zeit und die sichere Verhütung der Empfängnis. Ein Ratgeber für Eheleute. Mit Abbildungen. Nur RM. 1,80 und Porto.
Versand Hellas, Berlin-Lichterfelde 198.

Drucksachen jeder Art liefert preiswert Verlagsgesellschaft des V. d. B. D., Bochum Wiemelhauser Straße 38-42.

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 3 Jahre
Gute Taschenuhr nur M. 1,60
Nr. 3 Herren-Ank.-Uhr vernick. M 1,60
Nr. 4 vernickl. m. Goldr.-Schern „ 2,70
Nr. 5 m. beil. Werk. Roh. Form „ 3,60
Nr. 6 Springdeckeluhr, vergold. eleg. Gehäuse gutes Werk „ 4,80
Nr. 7 Damenuhr, vernickl. „ 3,00
Nr. 8 Remo.-Uhr m. Alum. verg. „ 2,70
Nickelette M. 0,30. Doppelette, g. vergold. „ 3.Sm. M. 0,60. Kopfe M. 0,35.
Wecker, la Messingwerk „ 1,85
Jede Uhr hat ein 36 monatiges genau reguliertes Werk. Versand gegen Nachnahme. Illustr. Katalog gern gratis. Uhrenhaus Fr. Heinecke, Braunschweig 55, Geilstr. 3 Jahresumsatz ca. 15 000 Uhren nach allen Ländern der Welt

Sächsische Bettfedern-
Fabr. P. Hoyer, Delitzsch 79
Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4
sendet Ihnen nur allerbeste streng reelle Qualitäten Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikpr. Ferner prima BETT-INLETT
Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste umsonst und portofrei.

Togal
unübertroffen bei
Rheuma - Gicht
Kopfschmerzen
Ischias, Hexenschuß u. Erkältungskrankheiten. Stark harnsäurelösend, bakterientötend! Absolut unschädlich! Ein Versuch überzeugt!

Über 100000 Familien beziehen seit Jahren unsere billigen Schuhe
z. B. Arbeitsstiefel naturbraun, Spaltrindleder, eisenbeschlagen 4.50
Verlangen Sie kostenlos den neuen reichhaltigen Prachtkatalog
Garantie: Umtausch oder Geld zurück.
Deutsch-Amerik. Schuhgesellschaft München K 54 Rosenstraße 11

Piano-Künstler-Harmonikas
in feinst. Qualität mit Ia. Alum.-Stahl-Stimmzungen
25 Tasten 12 Bässen 60 Mk.
34 „ 48 „ 130 „
41 „ 80 „ 180 „
41 „ 120 „ 200 „
Katalog gratis und franko
Herfeld & Comp. Neuenrade Nr. 42 Westf.

Ich helfe Ihnen!
Gummi, Tropfen, Tee
Preisbroschüre durch
Wohlleben & Weber G. m. b. H., Berlin W 30 43

Stahl-Holz-Betten
Schlafzimmer, Polster, Stahlmatratzen, jeden Teilz. Kat. fr. Eisenmöbelfabrik Suhl/Th.

Gummi
Kat. Preisl. B 3. gratis. Neutraler Versand „Medinus", Berlin SW 68 Alte Jakobstraße 8.

Wir liefern an jedermann
Tuche
Herren-Stoffe Verlang. Sie seit über Damen-Stoffe sofort Muster
45 Jahren
Lehmann & Aczony
ältest. Tuchversandhaus mit eigener Fabrikation
Spremberg i. L. 68

Pflaumenmus
Thüring. Ritter, zuckergesüßt, 10-Pfd.-Eimer M. 3.— ab hier. Nachnahme. Viele tausende Nachbestellungen.
Otto Ritter, Schlölen i. Th. 63, Pflaumenmusfabr.

Kastenwagen
Preisliste frei

100 cm lg. 4—5 Ztr. Tragkraft Mk. 21,- franko.
Alois Abel, Borsch-Geisa (Rhön)

Bandoneons mit Stahlstimmen 9,75 M. 21 Tasten, 4 Bässe 17,— M. Guitarre 8,— M. Mandoline 8,— M. Koffer-Apparat 15,— M. Katalog Kr. H. Suhr, Musikinstrumenten Fabrik, Neukenrade 13

HONIG
garant. rein. Bienen-Blüten-Schleuder, das Allerfeinste, was die Bienen erzeugen. Dose 9 Pfd. Inh. Mk. 9,60, 4½ Pfd. Inhalt Mk. 5,80 frei Nachn. Garant. Zurückn.
Carl Scheibe, Honiggroßhandl. u. Imkrei, Oberneuland 526 Sez Br. Silberne Medaille 1931

Anzeigen
auch die kleinst., haben den denkbar größten Erfolg in der Bergbau-Industrie

Aus Dankbarkeit
kann jeder, der an mich schreibt, vollständig kostenlos erfahren, wie ich meine Schuppen, Haarausfall und Kahlheit los wurde und wieder mein volles schönes Haar erlangte. Karl Glöggler, Riedlingen Nr. 101 Q. bei Donauwörth.

Gummischutz
für den Mann postw. 6 Std. 1,10, 12 Std. 2,— M. an. Diskr. Vers. Bei Voreinsend. auch postl. Preisliste 1 frei. E. Tominski, Berlin SW 68, Hollmannstraße 30.

Alles billiger! Werkzeugliste grat. Westfalia Werkzeugcompagnie, Hagen i. W. Nr. 291

Käse billiger!
9 Pfd. rote Kugeln 2,95
200 Harzer Käse 2,95
4½ Pfd. Kugeln und 100 Harzer 2,95, ab hier.
C. Ramm, Hortorf-Holst. 31

Delikates Pflaumenmus
dick mit Zucker eingekocht ca. 10-Pfd.-Bleheimer 2,60 ca. 10-Pfd.-Emaileeim. 2,90 Preis ab hier gegen Nachn. Willy Träe, Magdeburg 7

Auskunft kostenlos wie man von Bettnässen sofort befreit wird. Alter u. Geschlecht angeben. Dr. med. Elsenbach, München 34, Dachauerstr. 15

Man fertigt sich alles selbst durch die schöne Laubsägerei. Kat. grat. J. Brendel Limburgerhof 26, Pfz.

Billigste neue Gänsefedern
mit Daunen, doppelt gereinigt, Pfd. 2,40, beste 2,90, Halbdaun. 3,50, Edel ¾-Daun. 4,50, sehr zarte 5,—, gerissene Federn mit Daunen 2,75, 3,25, hochprima 4,25, allerf. 5,50, Ia. Daunen 8,- u. 9,-. Alle Sorten garant. pa. gewaschen u. gereinigt. Postnachn. ab 5 Pfd. portofr. Nichtgefallend. nehme auf m. Kosten zurück.
Helene Gielsch, Bettfedern-Wäscherei, Neu Trebbin 19 (Oderbruch), Wriezenerstr. 45a.

Schriftleitung: Peter Zimmer; verantwortlich für den Textteil: J. Triem; für den Inseratenteil: Wilh. Kauermann, Bochum. — Druck: Verlagsgesellschaft des VdBD., Bochum